

DIE KP DER SOWJETUNION AM 9. JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION

Die 15. Parteikonferenz der SU hat ihre Arbeit beendet. Die KP der SU stand vor einer Reihe von Fragen, durch die alle Sektionen der Kommunistischen Internationale während des ganzen laufenden Jahres in Atem gehalten wurden, und die kollektive, von Lenin geformte Parteivernunft hat diese Fragen nach eingehender Erörterung gelöst.

Die Konferenz hat einerseits die große Fähigkeit der KP der SU erwiesen, an die Tagesfragen des sozialistischen Aufbaues praktisch, sachverständig heranzugehen. Während einiger Sitzungen beriet die Konferenz über die Wirtschaftslage des Landes; sie zog die Bilanz der jetzt abgeschlossenen „restituierenden“ Periode und deutete die nächsten praktischen Maßnahmen an, die zur Verwirklichung der vom 14. Parteitag vorgezeichneten Richtlinien zur Industrialisierung des Landes notwendig sind. Die Konferenz widmete einige Sitzungen der Beratung über die Ergebnisse und die nächsten Aufgaben der Sowjetgewerkschaften, die heute fast 9 Millionen Proletarier umfassen. Das wirtschaftliche Wachstum des Landes, vor allem die Entwicklung der Großindustrie; der Zustrom neuer Arbeiterschichten zur Produktion; die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Wachstums angesichts der Vorherrschaft der kleinbäuerlichen Wirtschaft im Verein mit der feindseligen kapitalistischen Umgebung — Schwierigkeiten, die vom Proletariat der Union nach wie vor erfolgreich bekämpft werden —, alles dies kompliziert die Aufgaben der Gewerkschaften, alles dies stellt sie vor neue praktische Aufgaben, deren Lösung auf der Grundlage der erfahrungsgemäß erprobten und bestätigten Leninschen Lehre von der Wechselbeziehung von Partei, Gewerkschaften und proletarischem Staat zu erfolgen hat.

Sowohl in der Frage bezüglich der Wirtschaftslage wie in der Frage der Gewerkschaftsaufgaben zeigte die praktische, sachgemäße, eingehende Beratung den Willen der Partei zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die Stärkung der Partei auf der Basis der täglichen Kleinarbeit und ihre Fähigkeit, alle sich vor ihr erhebenden Schwierigkeiten nüchtern und ruhig einzuschätzen und zu überwinden, ohne sich im geringsten durch sie beirren zu lassen. Die Oppositionsführer jedoch offenbarten ihre Unfähigkeit, in Uebereinstimmung mit der Partei die grandiosen Aufbaupläne zu verwirklichen; sie hielten sich von der Parteilinie fern, verkündeten die Unverrückbarkeit ihrer Position und waren indessen nicht nur außerstande, den Thesen des Zentralkomitees ihre eigenen Vorschläge entgegenzusetzen, sie konnten sich nicht einmal dazu aufraffen, zu den Fragen der praktischen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeit öffentlich Stellung zu nehmen. Eben dadurch bestätigten sie ihren eigenen Bankrott, ihre Unfähigkeit zum sachgemäßen, wirklichen Kampf für den Aufbau des Sozialismus.

Die Partei beschränkte sich nicht auf die Beratung über die praktischen Fragen der laufenden Arbeit. Die Partei vereinigte die Aufhellung der praktischen Fragen bezüglich der Verwirklichung der Leninschen Linie mit

der Analyse der internationalen Lage, mit der Analyse der Fragen hinsichtlich des proletarischen Kampfes. Und es mußte so sein, weil die Partei, in Übereinstimmung mit dem wahren Leninschen Internationalismus, die siegreiche Revolution als „Grundlage der weiteren Entwicklung der internationalen revolutionären Bewegung“ betrachtet, weil die Partei den „Willen des Sowjetproletariats zum weiteren Aufbau des Sozialismus“ als eine der wichtigsten wirkenden Kräfte der „Entfaltung der Weltrevolution“* ansieht und weil sie ihre Tätigkeit zum A u f b a u der „vollkommenen sozialistischen Gesellschaft“ keinen Augenblick von der Arbeit trennt, die das revolutionäre Proletariat der anderen Länder für die völlige und radikale Z e r s t ö r u n g der kapitalistischen Gesellschaft leistet.

Zugleich v e r e i n i g t e die Konferenz die praktische, geschäftsmäßige Arbeit mit einer äußerst prinzipiellen Analyse einer der grundlegenden Fragen, und zwar der Frage über Charakter und Aussichten unserer Revolution. Wie ein Mann erhob sich die Konferenz zum unbeirrbaren Schutz der Leninschen Grundsätze gegenüber den sich revolutionär gebärdenden Angriffen des Oppositionsblocks, indem sie nach eingehendster Beratung und nach den drei anderthalb Stunden langen Berichten Kamenews, Trotzki's und Sinowjews e i n s t i m m i g die Resolution über die s o z i a l d e m o k r a t i s c h e A b w e i c h u n g d e r O p p o s i t i o n annahm.

Im Oppositionsblock vereinigen sich unter der ideologischen Führerschaft des Trotzkiismus alle schwankenden Parteielemente, angefangen von den halbsyndikalistischen, halbmenschwewistischen Abspaltungen der sogenannten „Arbeiteropposition“ bis einschließlich zur neuen Opposition, die angeführt wird von Kamenew und Sinowjew, d. h. von jenem „Genossenpärchen mit den abhandengekommenen Prinzipien“ (Lenin), von jenen Genossen, die vor neun Jahren angesichts des Aufstandes sich hinter Argumente zu flüchten suchten,

die „eine so erstaunliche Offenbarung von Haltlosigkeit, Verängstigung und Versagen aller Grundgedanken des Bolschewismus und des proletarisch-revolutionären Internationalismus waren, daß es schwer ist, eine Erklärung für dermaßen schändliche Schwankungen zu finden“. (Lenin, Band XIV, Seite 272.)

Der Oppositionsblock stellte eine Anhäufung aller derjenigen Elemente dar, deren abweichende Tendenzen in den Jahren der NÖP von der Partei zurückgewiesen worden waren und die, außerstande, ihre Irrtümer zu erkennen und zum Parteistandpunkt zurückzufinden, in ihrer kleinbürgerlichen Opposition gegen die leninistische und also auch gegen die proletarische Führung des Landes erstarrten. Aus diesem Grunde bedeutet der Sieg der Partei über den Oppositionsblock, die einstimmige Verurteilung der Stellungnahme der Opposition durch den Parteitag als „sozialdemokratische Abweichung“ die Bilanz des leninistischen Kampfes gegen die anti-leninistischen Schwankungen, des Kampfes, der eines der wichtigsten Kapitel in der internen Parteigeschichte während der Wiederaufbauperiode der Wirtschaft darstellt.

Der Sieg der Partei über den prinzipienlosen Mischmasch der kleinbürgerlichen Abweichungen fällt nicht von ungefähr mit dem Ablauf des neunten Jahres der proletarischen Diktatur und dem Abschluß der ersten fünf Wirtschaftsjahre zusammen, die völlig im Zeichen der NÖP standen. Unter

* Aus der Resolution der Parteikonferenz über den Oppositionsblock.

Führung der Partei beendet das Land nicht nur erfolgreich die Wiederherstellung der Vorkriegsproduktionskräfte in einer neuen sozialökonomischen Uebergangsform. Es kann heute am neunten Jahrestag der Oktoberrevolution mehr als das gesagt werden: unter der Führung der Partei macht das Sowjetland erfolgreich den ersten Schritt zum technischen Neuaufbau der Volkswirtschaft, zur Schaffung einer „Grundlage der sozialistischen Oekonomik“. Spricht die Tatsache, daß es möglich war, über eine Milliarde Rubel (gegen 800 Millionen Rubel im vergangenen Jahr) als Kapitalaufwendungen für Industrie und Elektrifizierung anzulegen, nicht für die erste erfolgreiche Inangriffnahme der Industrialisierung? Spricht die heute bereits deutlich erkennbare Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht dafür, daß wir mit Erfolg in eine neue, höhere Phase des wirtschaftlichen Wachstums eintreten (oder sogar bereits eingetreten sind)? Spricht sie nicht dafür, daß wir jedenfalls in nächster Zeit die Grenze zwischen der Periode des Wiederaufbaues und des Neuaufbaues im Grundlegenden mit Erfolg überschreiten werden? Und klingen heute nicht schmachvoll die nicht in Erfüllung gegangenen Voraussagen und sogar Hoffnungen (mag das Wort auch noch so seltsam klingen) der Opposition auf eine „Reproduktion der gegenwärtigen Schwierigkeiten in erhöhtem Maße“ (Trotzki) und darauf, daß „die Wirtschaftsperiode, in die wir eintreten, fähig ist, im Falle einer guten Ernte (11) neben dem allgemeinen Anwachsen der Wirtschaft die geschilderten Schwierigkeiten sogar zu verschärfen“ (Kamenew)?

Die Opposition protestierte auf der Parteikonferenz dagegen, daß die Partei die Ideologie der Opposition als Kapitulationsideologie und ihre Abweichung als sozialdemokratische Abweichung qualifiziert hat. Aber zeigen sich in den angeführten Stellen nicht Niedergeschlagenheit, mangelnder Glaube an die Kräfte der proletarischen Aufbau-tätigkeit und nicht mehr und nicht weniger als ein panischer Schrecken vor . . . einer „guten Ernte“? Jawohl, die Partei ist im Recht, wenn sie folgendes sagt:

„Einige — wenn auch wenig zahlreiche — Teile unserer Partei empfinden aus Furcht vor den Schwierigkeiten Müdigkeit und Unsicherheit; sie ergeben sich der Verzweiflung und züchten Verfallsstimmungen, verfallen dem Zweifel an die schöpferischen Kräfte des Proletariats und gelangen zur Ideologie des Verzichts.“

Und ist es nicht bewiesen, daß die Opposition in einer so grundlegenden Frage des Leninismus, wie der Frage nach Charakter und Aussichten unserer Revolution, eine Formulierung produziert hat, die fast buchstäblich mit den Betrachtungen Otto Bauers, des Theoretikers des internationalen Menschewismus, übereinstimmt? Wenn Trotzki schreibt, daß das russische Proletariat nach Uebernahme der Macht nicht nur mit allen Gruppierungen der Bourgeoisie feindselig zusammenstoßen wird, von denen es anfangs in seinem revolutionären Kampf unterstützt wurde, sondern daß es auch mit den breiten Bauernmassen in Kollision geraten wird, mit deren Hilfe es an die Macht gelangt war, so behauptete Otto Bauer, daß das Proletariat in Rußland, wo es nur eine unbedeutende Minderheit der Nation darstellt, seine Macht nur zeitweilig errichten könne und daß es sie verlieren müsse, sobald die Bauernmasse in kultureller Hinsicht genügend gereift sein werde, um selbst die

Macht in die Hand zu nehmen. Wenn nach Trotzki die Widersprüche in der Lage einer Arbeiterregierung innerhalb eines zurückgebliebenen Landes mit einem erdrückenden Uebergewicht der bäuerlichen Bevölkerung ihre Lösung nur im internationalen Maßstab, in der Arena der proletarischen Weltrevolution finden können, so ist nach Bauer die zeitweilige Herrschaft des industriellen Sozialismus im agrarischen Rußland nur das Feuerzeichen, durch das das Proletariat des industriellen Westens zum Kampfe aufgerufen wird, ebenso, wie die dauernde Herrschaft des industriellen Sozialismus in Rußland nur von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat des industriellen Westens gewährleistet werden kann.

Kann es denn wirklich jemandem einfallen, diese Uebereinstimmung in den wichtigsten Gedanken des Genossen Trotzki, des Führers des Oppositionsblocks, und Otto Bauers, des Führers der internationalen Sozialdemokratie, als „Zufälligkeit“ anzusehen? Ist es denn wirklich nicht einem jeden klar, daß eine solche Uebereinstimmung jeden Zweifel an dem sozialdemokratischen Charakter der oppositionellen „Linksrichtung“ aufhebt?

Es nimmt danach nicht wunder, daß der Oppositionsblock sich als Mittelpunkt erwies, dem alle parteifeindlichen, alle antikommunistischen, alle opportunistischen Richtungen zustrebten. Ist es nicht Tatsache, daß der Renegat Levi erklärt hat, seine Position sei die Position der Opposition? Ist es nicht Tatsache, daß die russischen Menschewisten verkündet haben, die Opposition nähere sich ihren Schlußfolgerungen? Ist es nicht Tatsache, daß die „ultralinken“ Herrschaften à la Korsch oder Schwarz die Opposition als ihre russische Bundesgenossin ermutigten und begrüßten? Ist es endlich nicht Tatsache, daß sogar die Miljukowleute in der Kritik der Opposition eine ihnen nützliche und für sie notwendige Tätigkeit zur Lockerung der proletarischen Diktatur erblickten?

Die Opposition versuchte auf der Konferenz, gegen die Anschuldigung, eine sozialdemokratische Abweichung zu sein, Verwahrung einzulegen. Wenn es ihr jedoch gelang, etwas zu beweisen, so ist es das Gegenteil von dem, was sie hatte beweisen wollen. Hat sie doch auf der Konferenz alle ihre Behauptungen aufrechterhalten; ist doch Genosse Trotzki für alle seine Erklärungen eingestanden, mit Einschluß derjenigen, die wir eben den Erklärungen Bauers gegenübergestellt haben. Hat doch die Opposition auf der Konferenz keine einzige der unerhörten Anklagen zurückgenommen, die während der letzten Monate nacheinander den Repräsentanten der Opposition „entschlüpften“ und die im wesentlichen im Einklang mit dem standen, was der internationale Menschewismus von der KP der SU und von der Sowjetmacht in Wort und Schrift behauptet. Behauptete doch Kamenew auf der Konferenz in Widerspruch zur Tatsache der erfolgreich verlaufenden Getreidebereitstellung, in Widerspruch zur kräftigen Steigerung des relativen Anteils der sozialistischen Elemente auf allen Wirtschaftsgebieten, in Widerspruch zur unbezweifelbaren Ueberwindung der vorjährigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Sowjetunion, kurz gesagt, „der Vernunft zuwider, den Elementen zum Trotz“, — der Prozeß der privatkapitalistischen Akkumulation habe ein so schnelles Tempo eingeschlagen, daß er die Möglichkeit geschaffen habe, die „Entwicklung unseres staatlichen Sektors zu hemmen“.

Ist es nicht richtig, diese phantastische Erklärung als Variante der alten Panik- und Kapitulationslieder zu kennzeichnen? Offenbart sich nicht des weiteren die ganze „Tiefe“ der Verständnislosigkeit innerhalb der Opposition für die Wege der sozialistischen Akkumulation der Sowjetunion in den folgenden Worten des Genossen Kamenew: „Woher sollen wir die inneren materiellen Hilfsquellen nehmen, die für die Industrialisierung notwendig sind, wenn der Arbeiter niedrige Arbeitslöhne erhält, wenn auf den „arm-seligen“, „kleinen“ Kulaken, der noch schwach ist, den man eigentlich schonen sollte und der dazu verspricht, in aller Stille „in den Sozialismus hineinzuwachsen“, und andererseits auf den Nöpman von der jährlichen Akkumulation ganze 4 Rubel pro Kopf entfallen?“ Der eigentliche Sinn dieser Worte besteht also darin, daß die Opposition in den Kulaken und Nöpleuten die Hauptquelle der Mittel zur Industrialisierung des Landes sieht und daß sie die Schwäche dieser Schichten für ein Hindernis der Industrialisierung hält. Aus dieser These kann also geradezu die Schlußfolgerung gezogen werden, daß das Wachstum der wirtschaftlichen Macht der Kulaken und Nöpmänner, dieser Hauptstützen der Kamenewschen Industrialisierung, wünschenswert sei. Findet endlich die Qualifizierung der Oppositionsideologie als eine sozialdemokratische Abweichung nicht ihre Bestätigung in der von Trotzki aufs neue wiederholten Erklärung, daß „die inneren, aus der Rückständigkeit unseres Landes resultierenden Gegensätze ihre Lösung in der Weltrevolution finden müssen“? Diese Erklärung verschließt doch wiederum vor dem Proletariat der Sowjetunion die Möglichkeit, aus eigener Kraft den Sozialismus aufzubauen, und zwar durch Ueberwindung des Gegensatzes zur Bauernschaft, nicht aber durch Untätigkeit und auch nicht durch eine „Wandlung“ in passiver Erwartung der „staatlichen Unterstützung durch das westeuropäische Proletariat“ (Trotzki). Hat nicht Genosse Trotzki den sozialdemokratischen Theoretikern des „Ultraimperialismus“ ein gewisses Entgegenkommen bewiesen, als er — in direktem Widerspruch zu Lenin — erklärte, daß „der Imperialismus mehr „ausgleichende“ Tendenzen (zwischen den Staaten, d. Red.) entwickelte als das Vorfinanzkapital“. Hat Trotzki nicht stolz erklärt, er habe „absolut recht mit seiner Behauptung, daß „der tatsächliche Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland erst nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten europäischen Ländern möglich werden wird“?

Aber genug! Es bedarf keiner weiteren Tatsachen, um das unbestreitbare Vorhandensein einer sozialdemokratischen Abweichung bei der Opposition zu bestätigen, einer Abweichung, von der sie nicht nur nicht zurückgetreten ist, die sie auf der 15. Parteikonferenz noch klarer offenbart hat. Steht es so, dann ist es um so schlimmer für sie. Die Kommunistische Partei der Union wird den ideologischen Kampf gegen die Irrtümer der Opposition, gegen ihre Abweichungen, gegen die Versuche, den Leninismus durch den Trotzkiismus zu ersetzen, unbeirrbar weiterführen.

Die Partei wird den ideologischen, politischen und organisatorischen Sieg festigen, den sie über die Opposition davongetragen hat. Und wenn die Sowjetwirtschaft in das 10. Jahr der proletarischen Diktatur unter dem Zeichen erfolgreicher Inangriffnahme der Industrialisierung eintritt, so be-

ginnt die KP der Sowjetunion das 10. Jahr der Leitung des ersten Arbeiterstaates, das 10. Jahr der Führerschaft in der internationalen revolutionären Bewegung unter dem Zeichen der **L e n i n s c h e n** Einheit, d. h. einer Einheit, die auf dem Siege über die fraktionelle Prinzipienlosigkeit, über die sozialdemokratische Abweichung, auf dem unverfälschten und orthodoxen Leninismus begründet ist.

E. VARGA:

DAS MANIFEST DER BANKIERS: BANKKAPITAL GEGEN INDUSTRIEKAPITAL*

„Dieses Dokument ist bloß eine Reihe von Plattheiten.“
„The Statist“ vom 23. 10.

Hundertachtzig führende Großkapitalisten aus sechszehn Staaten, darunter zwölf Leiter von zentralen Notenbanken, haben einen Aufruf unterzeichnet, der eine Stellungnahme für eine „freihändlerische“ Wirtschaftspolitik enthält.

„Viel Lärm um nichts,“ so kennzeichnet der „Oesterreichische Volkswirt“ das Manifest und die damit verbundene Pressekampagne. Wenn man die praktischen Folgen betrachtet: zutreffend. Aber das Erscheinen des Manifests selbst ist ein Zeugnis dafür, daß die Probleme des europäischen Kapitalismus — trotz Stabilisierung — keinesfalls im Sinne eines gesicherten Aufstieges entschieden sind. Das Manifest ist der Ausdruck eines Tastens, eines Suchens nach einem Ausweg, ein Dokument der Schwäche.

„Die Produktion als Ganzes genommen, ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert und der Geldumlauf hat abgenommen“, jammern die Herren Wirtschaftsführer im Manifest. Sie empfehlen als Heilmittel: die Wiedereinführung der Handelsfreiheit.

Was man unter diesem Schlagwort verstehen soll, kann man aus dem Dokument unmöglich herauslesen. Es wird in den allgemeinsten Ausdrücken von der Schädlichkeit der staatlichen Zersplitterung in Europa, den hohen Einfuhrzöllen, den Ein- und Ausfuhrverboten gesprochen. Aber nirgends ist konkret gesagt, daß die Herren eine allgemeine Abschaffung der Zollgrenzen in der Welt, die Einführung des allgemeinen Freihandels fordern.

Was ist der Sinn dieses merkwürdigen Dokuments? Unseres Erachtens bedeutet es einen Vorstoß des Bank-, Handels- und Schiffahrtskapitals, jener Kapitalsformen, die in erster Linie an einer möglichst ausgedehnten internationalen Waren- und Kapitalzirkulation interessiert sind, gegen die von den Interessen des Industriekapitals geleitete Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten, die in Form von Schutzzöllen, Ein- und Ausfuhrverboten usw. den

* Indem wir den interessanten Aufsatz des Genossen Varga veröffentlichen, halten wir es für notwendig, zu bemerken, daß wir mit einigen Ausführungen des Verfassers nicht ganz einverstanden sind. Die Redaktion.

internationalen Handel einengt. An dem Vorstoß beteiligten sich die Exportindustrien der einzelnen Länder. Je mehr das Industriekapital eines Landes auf den Export angewiesen ist, je weniger es die Konkurrenz der ausländischen Industrie zu fürchten hat, desto williger schließt es sich dem Vorstoß des Bankkapitals an.

Die Initiative zu dieser Demonstration ging von der englischen Bourgeoisie aus. Die englische Industrie befindet sich auf dem Scheidewege. Das alte System des Freihandels innerhalb einer Welt, in der sich jeder Staat mit hohen Schutzzöllen gegen die Einfuhr von Industriewaren wehrt, ist nicht länger haltbar, da die englische Industrie ihr zur Zeit der Einführung des Freihandels fest fundiertes Monopol am Weltmarkt verloren hat, da die Monopolstellung der englischen Industrie in der Versorgung der Kolonien erschüttert ist. Die englischen Dominions und Kolonien (Indien) errichteten Zollmauern gegen die Einfuhr industrieller Waren, wobei der Vorzugszoll der englischen Einfuhr nicht viel nutzt. Ja, England selbst hat nach dem Kriege begonnen, mit dem traditionellen Freihandel zu brechen und industrielle Schutzzölle auf bestimmte Waren einzuführen. Entweder muß England ebenfalls eine Schutzzollpolitik treiben, oder es muß versuchen, die übrige Welt in eine freihändlerische Richtung zu drängen. Das Manifest, das von englischer Seite ausging*, ist ein Versuch in dieser Richtung. Daher finden wir, daß die Liste der englischen Unterzeichner außer den führenden Bankdirektoren sehr viele große Industrieführer umfaßt. Die englische Bourgeoisie, die als Ganzes so stark am internationalen Bankwesen, an der internationalen Schifffahrt, an der Exportindustrie interessiert ist, hat dem Manifest die stärkste Unterstützung gegeben.

Nach der englischen Bourgeoisie hat sich die deutsche am stärksten an der Unterzeichnung des Manifests beteiligt. Neben den Vertretern der Großbanken haben die Führer des Chemischen Trusts, der Elektroindustrie und der Vereinigten Stahlwerke den Aufruf unterschrieben. Neben der englischen Industrie ist es die deutsche, die am stärksten an der Ausdehnung ihres Exports interessiert ist, die am stärksten unter den Einfuhrbeschränkungen und Schutzzöllen der anderen Länder zu leiden hat. Innerhalb der deutschen Industrie sind es aber eben die chemische, die Elektro- und die Stahlindustrie, die so stark sind, daß sie sich vor einem allgemeinen Freihandelregime nicht zu fürchten brauchen.

Daß das Manifest englisch-deutschen Charakter trägt, beweisen folgende Stellen des Manifests:

„Wenn wir ihren (der anderen Länder) Handel behindern, vermindern wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzahlten...“

Dieser Punkt deutet klar auf einen angelsächsischen Ursprung hin: denn kein verschuldetes kontinentales Land stellt die Schuldenbezahlung als ein wünschenswertes Ziel seiner Wirtschaftspolitik auf.

Andererseits enthält das Manifest Sätze, die als eine Verurteilung des Versailler Friedens ausgelegt werden können und offenbar deutschen Ursprungs sind.

* Nach Zeitungsnachrichten ist der Verfasser Sir Georg Paish, früherer Redakteur des „Statist“, bekannter Statistiker, der von der englischen Regierung schon öfter zu ähnlichen Aktionen vorgeschoben wurde.

„Innerhalb weiter Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurde eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eifersüchtig gesperrt werden. Alte Märkte verschwanden. Rassengegensätze konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verwoben waren*.“

Untersuchen wir den ökonomischen Charakter der Unterzeichner aus den anderen Ländern, so finden wir, das es entweder Bankdirektoren oder Vertreter typischer Exportindustrien sind. So aus Italien Fiat und Snia Vicosi, typische Exportindustrielle, aus der Tschechoslowakei Vertreter der Zucker-, der Textil- und der Eisenindustrie, ebenfalls typische Exportindustrielle, aus Ungarn allein die Mühlenindustrie, aber daneben zwei Vertreter von landwirtschaftlichen Organisationen.

Wir sehen: das Manifest ist der Willensausdruck des Bank- und Handels- (Schiffahrts-)Kapitals, und nur soweit des Industriekapitals, als dieses sehr stark auf den Export angewiesen ist. Nur die Tatsache, daß dieses Dokument, wie der „Statist“ richtig sagt, bloß eine Reihe von Platteheiten und unverbindlichen Allgemeinheiten enthält, ermöglichte es, diese große Anzahl von Unterschriften aufzubringen, wobei manche Unterschrift aus den kleinen Ländern wohl unter dem Druck des englischen Bankkapitals gegeben wurde.

Die Reaktion des Industriekapitals gegen das Manifest

Kaum war das Manifest veröffentlicht, die Einführungsreklame der Presse verklungen, als sofort der allgemeine Katzenjammer einsetzte. Mit schwerer Mühe hatten die Köche das feine Gericht zusammengebraut: als es zum Essen kommen sollte, spuckte jeder hinein in die Schüssel.

Die autoritativen Vertreter der amerikanischen Gesamtbourgeoisie erklärten glattweg, Freihandel sei für die kleinen europäischen Staaten notwendig: für Amerika komme Freihandel nicht in Betracht. Hoover erklärte:

„Das Manifest kann logischerweise nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sein, da der Import aus Europa in den letzten fünf Jahren, seit der neue Zolltarif in Kraft sei, um 54 Prozent gestiegen ist, während der amerikanische Export bloß um 13 Prozent gestiegen ist. Zwei Drittel des Imports sind zollfrei hereingekommen**.“

Aehnlich Mellon :

„Die Lebensbedingungen in den Vereinigten Staaten sind ganz und gar verschieden von jenen, die in Europa herrschen: wenn wir nicht bereit sind, unsere Lebenshaltung auf das Niveau der europäischen herabzusetzen, können wir eine Aenderung unseres gegenwärtigen Zollsystems nicht ins Auge fassen, so wünschenswert dies auch für Europa sein mag***.“

* Die offizielle WTB-Agentur kommentiert das Manifest mit folgenden Worten: „Eine besondere Bedeutung erhält der Appell für Deutschland dadurch, daß von einer so großen Zahl führender Wirtschaftler aus nicht weniger als 16 Ländern die wirtschaftlichen Fehltritte des Versailler Vertrages erkannt werden und ihre Beseitigung als Vorbedingung für ein Wiederaufblühen der europäischen Produktion und des europäischen Handels angesehen wird.“

** „Bulletin Quotidien“ vom 26. 10. 1926.

*** Ebenda.

In ganz demselben Sinne äußerte sich auch der „Sprecher des Weißen Hauses“, der im Namen von Coolidge die Presse informiert.

Morgan, der bedeutendste der 6 amerikanischen Unterzeichner (lauter Bankiers, kein einziger Industrieller) mußte unter diesem Ansturm den Rückzug antreten: er erklärte gleich nach der Veröffentlichung, er hätte niemals seine Einwilligung zur Veröffentlichung seines Namens unter den europäischen Unterzeichnern gegeben*. Damit ist das Manifest von amerikanischer Seite als voll und ganz abgelehnt zu betrachten, wenn auch das amerikanische Bankkapital, in dem Maße, wie es die Rolle des Weltbankiers verwirklicht, auf diese Politik notwendigerweise zurückgreifen wird. Vorläufig ist es aber offenbar zu schwach, um den Kampf mit dem Industriekapital aufzunehmen.

Die französischen Unterzeichner haben bei der Unterzeichnung selbst einen Vorbehalt gemacht, der ihre Mitwirkung tatsächlich annulliert. Sie erklärten, die Hauptfrage sei die Stabilisierung der Währung, und sprachen sich nur gegen die „übermäßige Höhe oder Starrheit gewisser Zollschränken“ aus. Dies bedeutet tatsächlich das Festhalten an der gegenwärtigen Hochschutzzollpolitik.

Noch schärfer wendeten sich die italienischen Unterzeichner ab, indem sie erklärten, daß, „wenn es ihnen möglich gewesen wäre, bei der Ausarbeitung des Dokumentes mitzuwirken“, sie gewünscht hätten, daß

„... nicht nur an der übermäßigen Höhe der Zollsätze und der Starrheit der in einzelnen Ländern geltenden Zollbestimmungen, sondern auch an all den zahlreichen Formen des unmittelbaren oder mittelbaren Zollschatzes, der Benachteiligungen oder Bevorzugungen, der künstlichen Prämien und der Auswanderungsbeschränkungen Kritik geübt worden wäre.“

Nach Veröffentlichung des Manifests setzte die schärfste Kritik der faschistischen Presse ein (während die Exportindustrie weiter dafür ist). So schreibt der „Popolo d'Italia“ vom 21. Oktober:

„Ein Wirtschafts-Locarno käme dem Mitteleuropa der Kriegszeit gleich... Die Trusts und Kartelle sind Formen der Versicherung der glücklichsten Nationen, glücklich doppelt: da sie Rohstoffe haben und da sie die Versorgung der anderen mit Rohstoffen regeln können. An die armen Leute und die armen Völker denkt niemand... Und wenn gegen die plutokratischen Nationen sich die Fusion der proletarischen Nationen verwirklichen würde?“

„Tribuna“ vom 21. Oktober:

„Das faschistische Italien glaubt, eine aufrichtige europäische Pflicht zu erfüllen, indem es ablehnt, sich zu beteiligen an diesem internationalen Geschäft von gefährlicher Völkerbundsideologie, das die Plutokratie teils aus Konkurrenz, teils aus Uebereinstimmung mit dem freimaurerischen und sozialistischen Internationalismus eröffnet hat. Italien kann sich nicht beteiligen an einem Internationalismus, der Italien ignoriert und zur Seite schiebt.“

Eine noch schärfere Ablehnung hat das Manifest in Polen gefunden. Der „Zentralverband für Industrie, Bergbau, Handel und Finanzen“, die Organisation der polnischen Bourgeoisie, wendet sich in einer scharf formulierten Deklaration gegen das Manifest und gegen die vier polnischen Unterzeichner, und insbesondere gegen den Punkt des Manifestes, wonach „hinter

* „Bulletin Quotidien“ vom 26. 10. 1926.

Zollmauern, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue Lokalindustrien begründet wurden“. Die polnische Bourgeoisie erklärt:

1. daß Polen ein wirtschaftliches Ganzes bilde,
2. daß die polnische Industrie eine ökonomische Grundlage habe,
3. Freihandel sei nur für starke Nationen gut!
4. Die starken Nationen: Amerika, England, Deutschland schränken die Einwanderung ein, errichten Zollschranken gegen die Einfuhr von Waren, die sie selbst produzieren; sie fordern den Freihandel nur für die Waren, die sie selbst auf dem Weltmarkt absetzen wollen!

Die Presse der PPS stellt sich auf den vollkommen gleichen Standpunkt.

Das bezeichnendste ist aber, daß in England selbst, auf dessen Initiative dieses Manifest (bereits vor einem halben Jahre) verfaßt wurde, eine nicht bedeutungslose Opposition gegen dasselbe besteht. Die „National Union of Manufacturers“, eine hochschutzzöllnerische Organisation, die 2000 Firmen vereinigt, erklärt, daß nur ein allgemeiner Schutzzoll (allround measure of safeguarding) der englischen Industrie helfen könne*. Viele äußern die Meinung, daß das Manifest eben deshalb zur Zeit der britischen Reichskonferenz publiziert wurde, um auf dieselbe einen Druck zu engerem wirtschaftlichen Zusammenschluß auszuüben**. Für die Richtigkeit dieser Voraussetzung spricht ein Artikel des bekannten Politikers, Alfred Mond, früher liberaler Freihändler, jetzt Konservativer, führend in der englischen chemischen Industrie, im „Spektator“ vom 29. Oktober:

„wonach sich die englischen Bemühungen weniger auf einen Zusammenschluß mit Europa als auf die Herstellung einer wirtschaftlichen Einheit innerhalb des britischen Weltreichs mit „notwendigem Zollschutz gegenüber Außenstehenden“ konzentrieren sollten. Auf diese Art könne das englische Weltreich jene dritte Gruppe darstellen, die als Gegengewicht gegen die beiden Industriebündnisse Amerika und Europa offenbar erforderlich sei***.“

Und selbst solche ausgesprochenen Freihandelsorgane, wie der „Economist“, hoffen nur, daß das Manifest einen guten Auftakt für die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes, die angeblich im Frühjahr 1927 stattfinden soll, bilden wird.

So können wir feststellen, daß mit Ausnahme der deutschen Bourgeoisie — und mit ihr natürlich die SPD und die Gewerkschafter — die Idee des Freihandels tatsächlich auf eine starke Ablehnung der industriellen Bourgeoisie aller Länder gestoßen ist. Von einer praktischen Auswirkung in absehbarer Zeit kann keine Rede sein. Der „Statist“ bemerkt schwermütig, daß die englische und amerikanische Regierung trotz langer Verhandlungen in einer so nebensächlichen Frage, wie die Herabsetzung der Visagebühren, zu keiner Einigung gelangen konnten. Die Interessen der industriellen Bourgeoisie an der Beherrschung des inneren Absatzmarktes: das Interesse der Gesamtbourgeoisie, möglichst jede Art von Waren im eigenen Lande produzieren zu können, was nur durch eine allgemeine Industrialisierung des

* „The Times“ vom 26. 10. 1926.

** „Berliner Tageblatt“ vom 24. 10. 1926.

*** „Börsen-Courier“ vom 29. 10. 1926.

Landes möglich ist, ist so stark, daß es die Spezialinteressen des Bankkapitals, der Exportindustrie und des Handelskapitals an der Niederreiung der Zollmauern weitaus überwiegt. Die Bourgeoisie jedes Landes hat bei der allgemeinen chronischen Absatzkrise der Industrie, den Wunsch, daß alle anderen Staaten die Zölle herabsetzen, sie selbst aber den Schutzzoll beibehalten, woraus sich die allgemeine Hochschutzzolltendenz notwendig ergibt.

W. K O L A R O W : .

DER BRANDHERD DES BALKANS

Durch die Schlacht zwischen der mazedonischen „Tscheta“ (Bande) und der serbischen Gendarmerie in der Umgebung von Egri-Palanki wäre es beinahe soweit gekommen, daß der Brandherd des Balkan in Flammen aufgegangen wäre.

Und dabei handelt es sich nicht einmal um den ersten ernsthaften Konflikt auf dem Balkan, seitdem durch die Pariser Verträge der „Friede“ in diesem unruhigen Winkel des Erdballs hergestellt wurde. Es genügt, an die scharfen Konflikte zwischen Bulgarien und Jugoslawien im Jahre 1923 zu erinnern oder daran, daß im vergangenen Herbst die reguläre griechische Armee in bulgarisches Gebiet einbrach, und schließlich an den kürzlichen Vorfall an der Grenze zwischen Rumänien und der Dobrudscha. All das zeugt davon, daß diese Konflikte, die auch drohende Formen annehmen, keine zufälligen Grenzkonflikte sind, sondern daß ihre Wurzeln weit tiefere und realere sind und unmittelbar den innerpolitischen und internationalen Verhältnissen auf dem Balkan entspringen.

Was aber nun den letzten bulgarisch-jugoslawischen Konflikt von allen bisherigen unterscheidet, ist die Tatsache, daß in ihn mehrere Balkanstaaten hineingezogen wurden und daß aus seinem Anlaß ein Balkanblock gegen Bulgarien zustande kam. Im Jahre 1923 ging Jugoslawien isoliert vor; mehr noch, die Regierung Bratianu verhielt sich ihren energischen Vorstellungen in Sofia gegenüber keineswegs entgegenkommend. Das jüngste militärische Abenteuer des früheren Militrdiktators Pangalos ließ die übrigen Nachbarstaaten Bulgariens ebenfalls mehr oder weniger kalt. Aus Anlaß des jetzigen Konfliktes aber haben die alten Balkanverbndeten, umgekehrt, alle ihre einander widersprechenden Interessen, sowie ihre Rivalität zurckgedmmt und eine gemeinsame Sprache gegen jene Gefahr gefunden, die sie in Bulgarien erblicken.

Es ist offensichtlich, daß sich in der politischen und internationalen Lage des Balkan in den letzten Jahren starke Verschiebungen vollzogen haben, die nicht umhin konnten, sich auch in den internationalen Beziehungen bemerkbar zu machen. Der letzte bulgarisch-jugoslawische Konflikt, seine Entstehung, seine Entwicklung und seine Lösung zeugt davon, daß sich auf dem Balkan eine neue Umgruppierung der Kräfte vollzieht, die zwar noch nicht in endgültige und bestimmte politische Formen gegossen wurde, immerhin

aber deutlich genug die allgemeine Richtung erkennen läßt, in der die Balkanpolitik bereits jenen neuen Gegensätzen entgegentreibt, die hier langsam ausreifen.

1. Der Einfluß der Imperialisten auf dem Balkan und die Grundlage, auf der er beruht

In der ersten Zeit nach dem großen Krieg war die Hegemonie des imperialistischen Frankreich auf dem Balkan eine unbestrittene. Sie beruhte in der Hauptsache auf ihren Millionenarmeen, die faktisch der Herr des Balkans waren. Die französischen Generale kommandierten auf der Balkanhalbinsel und die französische Armee hielt die höchstwichtige Verkehrsader der Donau fast bis nach Budapest in ihren Händen. Dank der französischen Hilfe wurden Serbien und Rumänien von den feindlichen Kräften gesäubert, und ihre unbedeutenden Armeen konnten ganze Provinzen des Oesterreich-ungarischen Reiches in ihre Gewalt nehmen. Unabhängig davon entwarf der Pariser Areopag, in dem Clemenceau die erste Geige spielte, eine neue Karte Europas, teilte widerspruchslos die Länder auf und führte eine neue Ordnung für Europa ein. Dank dem französischen Imperialismus haben Serbien und Rumänien reiche Teile der österreichisch-ungarischen Hinterlassenschaft erhalten. Mit seiner Hilfe wurde auch Bulgarien zugunsten seiner siegreichen Nachbarstaaten beschnitten, während Rumänien auch noch Bessarabien einsackte.

Es ist selbstverständlich, daß der französische Einfluß in Sofia, Belgrad und Bukarest ein entscheidender sein mußte; das besiegte und ohnmächtige Bulgarien erfüllte bedingungslos den Willen der großen Siegermacht, während das künftige Jugoslawien und Rumänien in der Hauptsache von der Gnade ihrer alten Verbündeten abhingen. Lediglich Griechenland befand sich unmittelbar unter der englischen Einflußsphäre; aber auch hier machte sich eine starke Pression der Pariser Diktatoren bemerkbar. Zu jener Zeit war das durch die „Friedens“-Verträge hergestellte System der Ordnung in der Hauptsache durch die Révolution bedroht, deren Herd Sowjetrußland war. Der auf dem Kontinent herrschende französische Imperialismus setzte sich denn auch an die Spitze des Kampfes gegen die Sowjets. Er versuchte vom Schwarzen Meer bis zum Baltikum eine eiserne Wand zu errichten, um das Uebergreifen der Revolution auf die besiegten Zentralstaaten zu verhindern und die Revolution von der sie umgebenden Welt abzusperren und ihre Niederschlagung dadurch zu erleichtern. Unter der Kontrolle des Generalfeldmarschalls Foch wurde der Balkan in einen riesigen Aufmarschplatz verwandelt. Um die bolschewistische Gefahr auf dem Balkan selbst zu unterbinden, wurde eine bedeutende russische weiße Armee konzentriert, die in der Hauptsache von den Franzosen ausgehalten wurde. Zur Verteidigung der „Friedens“-Verträge gegen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien wurde unter der Leitung der französischen Diplomatie die kleine Entente gebildet. Auf diese Weise blieb der französische Einfluß auf dem Balkan nach wie vor vorherrschend und versuchte die Gegensätze zwischen den Balkanstaaten dadurch zu beseitigen, daß er einen relativen „Frieden“ zwischen ihnen aufrechterhielt.

Aber seit den Ruhrereignissen, aus denen Frankreich mit einem geschwächten Prestige hervorging, brach sich auf dem Balkan immer stärker

der Einfluß der englischen und italienischen Imperialisten Bahn. Heute ist es für niemand mehr ein Geheimnis, daß die Machthaber von London, Paris und Rom zwar nach wie vor „Verbündete“ sind, daß sie aber untereinander einen versteckten und hartnäckigen Kampf um die Herrschaft in den einzelnen Teilen der Welt führen. Die grundlegenden Gegensätze zwischen den drei großen Siegermächten kamen auch in der Balkanpolitik zum Durchbruch, und zwar kamen die Dinge dabei so, daß England und Italien Hand in Hand gegen Frankreich vorzugehen in der Lage waren.

Die Sowjetrepublik ist jetzt nicht mehr die einzige und unmittelbare Gefahr für die französische Hegemonie in Europa. Darum ist auch die Wand, die die französischen Imperialisten von Saloniki bis Danzig zu errichten bestrebt waren, nicht nur gegen die sozialistischen Republiken, sondern auch gegen Deutschland gerichtet, wo das englische Finanzkapital hartnäckig an der Bildung eines Stützpunktes für sich arbeitet, ebenso, wie sie auch gegen die entbrannten Appetite des jungen italienischen Imperialismus gerichtet sein sollte, der seine Blicke auf den Balkan und die anderen, unter französischem Einfluß stehenden Gebiete lenkte.

Worauf beruht nun heute die französische Autorität auf dem Balkan?

Erstens auf dem französischen Militarismus. In ihm erblicken Rumänien und Serbien die stärkste Garantie für die Aufrechterhaltung der neu-eroberten Gebiete unter ihrer Gewalt. Zweitens in jenen Wurzeln, die das französische Kapital schon vor dem Kriege in allen Balkanländern, in denen es als Hauptgläubiger auftrat, zu schlagen vermochte. Der offensichtlich schwache Punkt der französischen Hegemonie auf dem Balkan ist Bulgarien. Die Pariser Drahtzieher, die für den durch den Vertrag auferlegten status quo eintraten, konnten in Sofia lediglich so lange diktieren, als ihr Wort im Konzerte der Sieger den Ausschlag gab. Das ist der Grund, warum die Niederlage des französischen Imperialismus an der Ruhr seinen Rivalen gestattete, die erste Durchbrechung des französischen Einflußkreises auf dem Balkan, und zwar an seiner schwächsten Stelle zu unternehmen. Mit der Unterstützung von London und Rom wurde die pazifistische Regierung Stamboliskij gestürzt und durch eine Regierung ersetzt, die aus jenen Gesellschaftsschichten hervorging, die stets den kriegerischen nationalistischen Kurs unterstützt hatten. Auf diese Weise wurde die Bahn frei für die Ausdehnung des englischen und italienischen Einflusses auf dem Balkan.

Als die Organisatoren und Lenker der alten kapitalistischen Welt gegen die sozialistischen Sowjetrepubliken traten immer mehr die Londoner Imperialisten auf, die im Bolschewismus den Todfeind ihrer Weltherrschaft erblickten. In diesem Kampf ist die strategische Bedeutung der Balkanhalbinsel eine ganz kolossale. Das ist der Grund, warum England aus allen Kräften bestrebt ist, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen.

Außerdem ist die Beherrschung des Balkan sehr wichtig vom Standpunkte der Verteidigung seiner Landwege aus, die das englische Afrika mit dem englischen Indien über Bagdad verbinden. Von hier aus konnte England stets der Angorarepublik in den Rücken fallen und die Expansionspläne ihres Einflusses in Kleinasien bedrohen. Bis zum Kriege hatte der englische Imperialismus nur die Herrschaft über die Küstenstriche des Balkan und des Aegäischen Meeres; heute beherrscht seine Marineartillerie auch den Balkan von der Seite des Schwarzen Meeres her. Durch die Ablösung des

französischen Einflusses in Sofia hat der englische Imperialismus den ersten ernsthaften Schritt zur Festigung seines Einflusses auf dem Festlandsgebiete des Balkan unternommen.

Die Londoner Banken verfügen über ein mächtiges Kampfmittel, dessen die Pariser Rivalen beraubt sind: sie verfügen über freie Kapitalien für die Ausfuhr, deren sämtliche Balkanstaaten gegenwärtig so sehr für die Zwecke der Stabilisierung ihrer Währung, der Sanierung ihrer in Unordnung geratenen Finanzen, sowie der Belebung ihrer ersterbenden Industrie bedürfen. Und diese Waffe verstehen sie sehr geschickt zu benützen. Griechenland liegt bereits am Zügel der Londoner Börse durch die erhaltene Anleihe von 10 Millionen Pfd. Sterling. Gegenwärtig ist die Reihe an dem verarmten Bulgarien, — Bulgarien hat ebenfalls den Nacken unter das englische Joch für 400 000 Pfd. Sterling gebeugt und hegt die Hoffnung, dereinst eine „Flüchtlingsanleihe“ von $2\frac{1}{2}$ Millionen Pfd. Sterling zu erhalten. Was Jugoslawien und Rumänien anbelangt, so sind sie noch nicht reif genug, um von dem englischen Rachen verschlungen werden zu können; daß aber auch sie bittende und flehende Blicke nach London richten, geht aus dem zunehmenden Ansehen der englischen Diplomatie in Belgrad und Bukarest hervor, eine Tatsache, von der die Lösung des letzten Balkankonfliktes Zeugnis ablegt. Die Verankerung Englands auf dem Balkan geht unaufhörlich weiter, aber sie ist stärker geworden, seitdem Frankreich unter der schweren Finanzkrise leidet und seine alten Balkankunden den Glauben verloren haben, daß sie von Frankreich je wieder die ihnen erforderliche finanzielle Unterstützung erhalten können.

Der italienische Faschismus, der sich immer mehr als die Politik der italienischen imperialistischen Bourgeoisie herauskristallisiert, verweist ganz offen auf den Balkan als eines der wichtigsten gelobten Länder zur Durchdringung durch den italienischen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Der italienische Faschismus hat vor seinen großen Rivalen das eine voraus, daß er an die Balkanhalbinsel angrenzt und daß der italienische Militarismus und der kriegerische Geist Mussolinis eine unmittelbare Gefahr für sie bedeuten. In dieser Beziehung ist das Italien der Nachkriegszeit der Nachkomme des früheren Oesterreich-ungarischen Kaiserreiches. Im Zusammenhang mit der Schwächung der französischen Hegemonie hat der italienische Imperialismus bereits ernsthafte Eroberungen auf dem Balkan gemacht. Er hat endgültig seine Klauen auf Fiume gelegt, festen Fuß in Albanien gefaßt und auf diese Weise praktisch die Adria in ein „Mare nostrum“, in ein italienisches Meer verwandelt. Zusammen mit dem englischen Imperialismus hat er sich auch in Bulgarien eingenistet, wo das italienische Kapital eine sehr energische Tätigkeit entfaltet. Allgemein bekannt ist die Energie, mit der es weiter an der Festigung seines Einflusses in Griechenland und Rumänien arbeitet. Seine Rolle bei der Lösung des jüngsten Konfliktes zwischen Bulgarien und Jugoslawien zeugt davon, daß das italienische Kapital zu einem sehr wichtigen Faktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Balkanländer geworden ist.

Der französische Imperialismus auf dem Balkan befindet sich also auf dem Rückzug. Gegen ihn kämpfen mit offensichtlichem Erfolg die parallel vorgehenden Imperialisten Londons und Roms. Sie haben aus seiner Einflußsphäre bereits Bulgarien losgelöst und stoßen nunmehr gegen die Haupt-

stützpunkte des französischen Imperialismus: gegen Belgrad und Bukarest vor, wobei der Kampf um die Beherrschung dieser beiden Stützpunkte ein schwieriger und langwieriger werden wird. Da ungeachtet aller Umstände die französische Armee der zuverlässigste Garant für die territoriale Unverletzlichkeit dieser beiden Länder bleibt, und obwohl Frankreich augenblicklich der Möglichkeit beraubt ist, den Balkanländern Anleihen zu gewähren, so besitzt es dennoch als ihr alter Gläubiger ein mächtiges Mittel, um sie in der Lage von Vasallen weiter zu erhalten.

Das aber bedeutet, daß der Balkan erneut zu einer Arena der schärfsten Rivalitäten unter den großen imperialistischen Mächten wird.

2. Die zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Balkan und der bulgarisch-jugoslawische Konflikt

Der Kampf zwischen den verschiedenen zum Bestande Jugoslawiens gehörenden slawischen Völkerschaften drückt seinen Stempel den internationalen Beziehungen dieses Staates auf. Während die westlichen Slawen (Kroaten, Slowenen und Dalmatiner) nach dem Ufer der Adria (Triest und Fiume) tendieren, erblicken die herrschenden Klassen Serbiens umgekehrt ihre Zukunft in einer Ausdehnung Jugoslawiens nach dem Aegäischen Meer; und da sich faktisch die Macht in den Händen der serbischen Imperialisten befindet, so gewinnt die letztere Tendenz in der Außenpolitik des jugoslawischen Königreiches die Oberhand.

Natürlich kann es sich heute nur um eine Vorbereitung der serbischen Expansion auf Saloniki handeln. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen die Ansprüche Jugoslawiens auf eine autonome Zone im Hafen von Saloniki, auf die Beherrschung der Eisenbahn Gefgeli-Saloniki und auf die Anerkennung des Protektoratsrechtes über die slawische Bevölkerung Südazedoniens beurteilt werden. Um aber den unmittelbaren und entfernteren serbischen imperialistischen Bestrebungen Kraft und Realität zu verleihen, muß unbedingt eine unerläßliche Bedingung erfüllt werden: diese Bedingung ist — die endgültige Verankerung Serbiens im Tale von Vardara (Mazedonien). Nur eine völlige Assimilierung Mazedoniens würde den Belgrader Machthabern gestatten, an der Küste des Aegäischen Meeres festen Fuß zu fassen. Aus diesem Grunde sind sie denn auch so sehr empfindlich für alles, was Mazedonien angeht, und so unversöhnlich gegen alles, was ihre Stellung in Vardara schwächen könnte.

Die serbische Herrschaft in Mazedonien ist von zwei Gefahren bedroht: von der mazedonischen nationalrevolutionären Bewegung und von dem bulgarischen Nationalismus. Es werden denn auch sämtliche materiellen und moralischen Kräfte des jugoslawischen Staates in Bewegung gesetzt, um diesen Gefahren vorzubeugen.

Den Kampf gegen die nationalrevolutionäre Bewegung in Mazedonien führt die serbische Bourgeoisie ohne Unterlaß und ohne Auswahl der Mittel seit der Zeit, seitdem sie dieses Gebiet eroberte. Aber ihre Unruhe hat besonders zugenommen, seitdem vor drei Jahren die bulgarische nationalistische Bourgeoisie erneut die Macht eroberte und die Möglichkeit erhielt, die mazedonische autonomistische Organisation unmittelbar zu unterstützen und sie im Zusammenhang damit für ihre Zwecke auszunützen, so, wie sie es

vor dem Kriege getan hat. Für die führenden serbischen Kreise ist es klar, daß die mazedonische Frage erneut in den zwischenstaatlichen Beziehungen des Balkan an die Oberfläche dringt und daß die bulgarische nationalistische Bourgeoisie versuchen wird, an einigen Großmächten Rückhalt zu finden. Um darum freie Hand zur Konzentrierung aller ihrer Kräfte an der Ostgrenze zu erhalten, haben sie den Weg ihrer Annäherung mit Italien beschritten und diesem Land große politische und wirtschaftliche Konzessionen gemacht (der Vertrag von Fiume, die italienisch-jugoslawische Konvention von 1924 und die Anerkennung der italienischen Interessen in Albanien). In der Außenpolitik Jugoslawiens haben denn auch die Aegäer den Sieg davon getragen über die Adriaelemente.

Die Belgrader Imperialisten haben sich keine einzige Gelegenheit entgehen lassen, um mit den bulgarischen bankkapitalistischen Kreisen auf Kosten Griechenlands zu kuhhandeln. Aber als die unerläßliche Voraussetzung eines Zusammenarbeitens mit diesen Kreisen — einer Zusammenarbeit, die den Serben Saloniki und den Bulgaren — den ägäischen Hafen im Osten von Saloniki sichern soll — haben sie die Bedingung gestellt, daß Bulgarien endgültig und bedingungslos auf alle Ansprüche auf Mazedonien verzichtet, sein Desinteressement an Mazedonien erklärt und freiwillig die gegenwärtig bestehende Grenze zwischen beiden Ländern anerkennt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat der Außenminister Bulgariens, Buroff, bei seinem jüngsten Besuch in Belgrad zu verstehen gegeben, daß ein allgemeines politisches Abkommen zwischen Jugoslawien und Bulgarien nicht ausgeschlossen ist, um die jugoslawische Opposition in der Frage der „Flüchtlingsanleihe“ aus der Welt zu schaffen. Aber diese Versuche scheiterten stets an dem Widerstand der nationalistischen Elemente Bulgariens sowie an der Opposition des englischen Außenamtes, das eifrig bestrebt ist, Bulgarien und die Türkei zu versöhnen, und das auf keinen Fall wünscht, eine serbisch-französische Expansion bis Saloniki zuzulassen. Gegen ein derartiges Abkommen arbeiten aus den gleichen Gründen auch die Italiener.

Unter diesen Verhältnissen ist unter den serbischen imperialistischen Kreisen jene Strömung zugunsten einer militärischen Intervention in Bulgarien entstanden, deren Zweck, wenn nicht in der Vernichtung seiner Selbständigkeit, so doch mindestens in der Okkupation des Steinkohlengebiets von Perniks, als des realen Pfandes für die ungestörte Beherrschung und Assimilierung Mazedoniens bestehen soll: das Ruhrgebiet des Balkan — auf dessen Schaffung sie auch nach dem Bankrott der Vergewaltigungspolitik Poincarés nicht verzichtet haben.

Aber die Schwierigkeiten einer derartigen militärischen Aktion gegen Bulgarien bestehen vor allem in dem Verhalten, das die anderen Nachbarstaaten einer derart gefährlichen Waffe gegenüber einnehmen. Das Einvernehmen der drei interessierten Staaten stößt jedenfalls auf große Hindernisse, die sowohl in ihren eigenen gegensätzlichen Interessen als auch in jenen mächtigen fremden Einflüssen wurzeln, denen sie ausgesetzt sind.

Die griechische Bourgeoisie hat, ungeachtet ihrer alten Bündnisbeziehungen zu den Serben, allen Anlaß, jedes Beginnen dieser Art an ihrer Balkangrenze mit argwöhnischen Augen zu betrachten. Dennoch aber würde sie, wie ihr letztjähriges Abenteuer in Petritsch gezeigt hat, unter

gewissen Bedingungen zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen Bulgarien bereit sein.

Was Rumänien anbelangt, so ist sein Verhältnis zu Bulgarien — obwohl es ein Verbündeter Jugoslawiens ist — anderen höheren Interessen unterworfen. Die Machthaber von Bukarest — und darin unterscheiden sie sich von den Belgrader Regierenden — sind offen gegen die Regierung Stamboliskij aufgetreten, einmal deshalb, weil sie den Weg der Annäherung mit Sowjetrußland beschritten hatte und dann, weil die Regierung der Bauern in dem Nachbarlande ein gefährliches Beispiel für die Bauern Rumäniens war. Sie glaubten, daß die kapitalistische Bourgeoisie des Balkan, der der Bolschewismus im eigenen Lande drohte, gegen die sozialistische Republik feindselig gesinnt sein wird. Um die Etappe ihrer wichtigsten bessarabischen Front zu sichern und vor Unruhe zu bewahren, verhielten sie sich wohlgeneigt zur neuen Sofiaer Regierung trotz deren Nationalismus. Wie uns aber die zwischen Rumänien und Polen abgeschlossene geheime Militärkonvention gezeigt hat, hat die Festigung des weißgardistischen Regimes in Bulgarien in den Augen der rumänischen Bourgeoisie die Gefahr seitens des bulgarischen Nationalismus für ihre Herrschaft in der südlichen Dobrudscha erhöht. Die Politik der Entnationalisierung und Kolonisierung, die fieberhaft und ohne jede Zeremonie in diesem Lande betrieben wird, ebenso wie das Juliereignis an der Grenze der Dobrudscha, zeugen davon, daß in den Beziehungen zwischen Bukarest und Bulgarien eine Aenderung eingetreten ist.

Die durch die bulgarische Regierung mit Hilfe des Völkerbundes eingeleitete Kampagne um eine „Flüchtlingsanleihe“ hat die Schließung der „Einheitsfront“ der drei früheren Balkanverbündeten erleichtert. Für sie war der politische Sinn dieser „humanitären Anleihe“ vollkommen klar. Ihr Erfolg hätte nicht nur die Macht der bulgarischen Bourgeoisie gestärkt, sondern auch die Wiederherstellung ihres internationalen Prestiges gefördert, das durch die militärischen Katastrophen sowie durch die Ablösung in der Regierung des Landes durch eine Bauernregierung vollkommen verloren gegangen war. Sowohl das eine wie das andere würden erneut den kriegerischen Nationalismus in Sofia geweckt haben. Angesichts dieser Gefahr haben sich die drei früheren Verbündeten, die Bulgarien gemeinsam ausgeplündert haben, einander erneut genähert und alles in Bewegung gesetzt, um die Abschließung einer Anleihe zu verhindern oder, wenn das nicht möglich gewesen wäre, sie in ein Mittel zur Kontrolle über die verdächtigen Nachbarn zu verwandeln.

Unter diesen Verhältnissen erfolgte die Schlacht zwischen der mazedonischen Bande in der Umgebung von Egri-Palanti, nachdem einige Tage früher in Bitole das Attentat auf den Redakteur der serbischen nationalistischen Zeitung („Südlicher Stern“), Chadsch-Popowitsch, erfolgt war, für das die serbische Regierung die Verantwortung der mazedonischen Organisation zuschob. Die gesamte Presse Jugoslawiens erklärte in unterschiedener Weise die bulgarische Regierung als dieser beiden Verbrechen für schuldig und richtete unzweideutige Drohungen an Bulgarien. Das Blatt „Samouprava“, das Organ der regierenden radikalen Partei, schrieb:

„Schließlich ist es notwendig, Bulgarien gegenüber zu erklären, daß es für alle Ueberfälle die Verantwortung trägt, unabhängig davon, ob diese mit seinem Wissen

oder nicht, erfolgen, und daß wir stark genug sind und den Willen haben, um ein für alle mal unsere innere Ordnung sowie die Unantastbarkeit unserer Grenzen in Schutz zu nehmen."

Noch deutlicher sprach sich die Zeitung „Wremja“, das Organ des Außenministeriums aus:

„Von Bulgarien muß energisch gefordert werden, daß es unter keinen Umständen solche Ueberfälle duldet und noch viel weniger anregt. Bulgarien muß das um jeden Preis tun..., falls Bulgarien auch weiterhin diese unsere gerechten Forderungen ignorieren sollte, so werden wir genötigt sein, unsere Ostgrenze und unsere Bürger selbst zu schützen.“

Im gleichen Sinne und im gleichen erhobenen Tone schrieb die oppositionelle Presse. Die demokratische Zeitung „Prawda“ behauptete, daß „Bulgarien chauvinistische Ansprüche stellt, die nur durch die brutale Gewalt geheilt werden können...“ „Wir werden bestimmt auch die Mittel finden, um ihre (der Bulgaren) Gelüste auf das südliche Serbien zurückzuweisen...“ — mit diesen Worten wiederholte die Zeitung „Nowost“ jene Drohung.

Daß die Belgrader Regierung ernsthaft die Frage einer militärischen Intervention untersucht hatte, ging klar aus der Antwort des Verwesers des englischen Außenamts, Ljampson, hervor, die dieser auf die Anfrage des Abgeordneten Wedgewood aus diesem Anlaß erteilte. Es stellte sich aber heraus, daß die Belgrader Regierung keine klare Vorstellung von den Hindernissen hatte, auf die sie bei der Durchführung ihres Planes stoßen mußte. Allerdings hat sie, nachdem sie einige ihrer Hauptbedingungen für das Abkommen mit Griechenland opferte, den General Pangalos für ein gemeinsames Vorgehen gegen Sofia zu gewinnen vermocht; zu einem ähnlichen Vorgehen erwies sich auch die Regierung des Generals Averescu bereit, die mit Sofia wegen der Vorfälle an der Grenze der Dobrudscha im Konflikt stand. Die Perspektive, wichtige Punkte des bulgarischen Gebietes in ihre Hand zu bekommen, konnte nicht umhin, die Abenteurer in Athen und Bukarest zu verlocken.

Sofort aber traten auf der Bühne große Kräfte auf, die die erhitzten Gehirne in den Hauptstädten des Balkan rasch abkühlten. Die englischen und italienischen Imperialisten, die sich endgültig in Sofia eingenistet und Sofia zum Ausgangspunkt ihrer Expansion auf dem Balkan gemacht hatten, konnten einen solchen Gewaltakt gegen ihren Vasallen nicht dulden, da dieser Akt tatsächlich gleichzeitig auch gegen sie gerichtet gewesen wäre. Jugoslawien verblieb nur noch die Hoffnung auf die Unterstützung durch Frankreich. Aber auch dieses konnte — obwohl der Leiter seiner Politik der Held der starken Methoden, Poincaré, ist, angesichts der Flut der Finanzkrise, nichts anderes tut, als seinen Verbündeten „Vernunft und Mäßigung“ anzuempfehlen.

Und die Verschwörer von Belgrad, die sich international isoliert sahen, mußten mit Bitternis im Herzen die Hand vom Schwerte lassen, den Ton senken und sich mit der üblichen diplomatischen Note zufriedengeben, die sie zusammen mit der Athener und Bukarester Regierung nach Sofia absandten.

Und auch dieses Mal löste sich der Sturm in einigen starken Donnerausbrüchen auf. Von selbst aber drängt sich die beunruhigende Frage auf: wann wird der nächste Konflikt ausbrechen?

3. Die Wiedergeburt des kriegerischen Nationalismus der bulgarischen Bourgeoisie

Wir sind Zeugen einer Wiedergeburt des kriegerischen Nationalismus der bulgarischen Bourgeoisie, nachdem ihr zwei große militärische Niederlagen einen schweren Schlag versetzten. Seit dem Umsturz werden immer stärker die verstummten Stimmen für die „nationalen“ Ideale hörbar, die einst die gesamte Politik der herrschenden Klasse bestimmten. Es werden große Anstrengungen zur Belebung des verwelkten Prestiges des Nationalismus und Monarchismus gemacht. Der amtliche Patriotismus wird erneut zum Evangelium der gesellschaftlichen Erziehung erhoben. Der Gedanke, daß Bulgarien nur durch einen neuen Krieg das Unrecht, das durch den Friedensvertrag geschaffen wurde, wieder gut machen kann, wird durch die Führer der „öffentlichen Meinung“ immer deutlicher zum Ausdruck gebracht.

Wodurch wurde diese neue nationalistische Welle ausgelöst?

Im großen und ganzen sind es dieselben sozial-ökonomischen Ursachen, die vor dem Kriege die stürmische Entfaltung des bürgerlichen Nationalismus bedingten und die auch jetzt noch bestehen, mit dem einzigen Unterschied, daß sie heute weit stärker wirken als früher.

Die kapitalistische Bourgeoisie, für die sich auch die alten Grenzen Bulgariens als zu eng erwiesen, erstickt jetzt einfach auf dem durch den Vertrag von Neuilles engheschnittenen Gebiet. Ihre Lage wird noch verschlimmert durch den starken Flüchtlingszustrom, der in schärfster Form die Frage der Vergrößerung des unzulänglichen Grund- und Bodenfonds durch territoriale Expansion aufrollt. Die Riesenarmee der Reserveoffiziere, die genötigt ist, Umstürze zu organisieren, um eine Stelle zu finden, phantasiert natürlich von einem „Großbulgarien“ und einer großen nationalen Armee. Der Nationalismus wird weiter genährt durch die zahlreichen mazedonischen und anderen Emigranten im Lande. Das ist denn auch jener sozial-ökonomische Boden, auf dem die alte nationalistische Ideologie entsteht und vorübergehend die in der Versenkung versunkenen kriegerischen Stimmungen wieder auftauchen.

Natürlich konnten sich diese Stimmungen nicht entfalten, solange die Bourgeoisie mit dem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung im Lande zu tun hatte; ein beliebiges militärisches Abenteuer hätte sie unter diesen Umständen unwiederbringlich dem Untergang ausgeliefert. Ebenso mußten diese Stimmungen solange unterdrückt bleiben, als die Bourgeoisie um Bulgarien eine Wand von Feinden stehen sah.

Als jedoch die unmittelbare Gefahr der Revolution vorbei war, besonders, als der Block der Sieger zerfiel und unter den früheren Verbündeten die gegenseitige Rivalität einsetzte, als sich ihre gegenseitigen Widersprüche zuspitzten und in naher Zukunft die Perspektive eines neuen Krieges auftauchte, warf der bürgerliche Nationalismus seine Ketten ab. Von jetzt ab konnte nichts mehr seine rasche Wiedergeburt verhindern.

Vor dem Kriege bestanden in der bulgarischen Bourgeoisie zwei „nationale Strömungen“. Obwohl sie unter der Firma nationaler Ideale wandelten und den „Zusammenschluß des bulgarischen Stammes“ anstrebten, legten sie in diese „Ideale“ einen verschiedenen Inhalt und faßten die „nationale

Vereinigung“ jede für sich anders auf. Die erste Strömung — die rein nationalistische — ging von dem nationalen Prinzip aus. Sie erblickte die Verwirklichung der „nationalen Ideale“ in der Hauptsache und vor allem in dem Anschluß Mazedoniens; in jeder anderen Frage war sie bereit, auf Konzessionen und Opfer einzugehen, nicht aber in der Frage Mazedonien. Die junge bulgarische industrielle Bourgeoisie begriff, daß ihr nur die Beherrschung Mazedoniens in Zukunft die Hegemonie auf dem Balkan sichert. Die zweite Strömung — die reine Erobererströmung — war geneigt, das nationale Prinzip zu opfern, falls sich unmittelbar wertvollere Beute erwerben ließ. Der sprechendste Ausdruck und Träger dieser Erobererströmung war die Partei der Bankiers und Exporteure, die sich durch den Vertrag von 1912 auf eine Aufteilung Mazedoniens zwischen Bulgarien und Serbien einließ, in dem Bestreben, ihre Hand auf Saloniki und Adrianopel zu legen.

Welche dieser beiden Strömungen besitzt die Vorherrschaft unter dem wiederbelebten bürgerlichen Nationalismus.

Ohne Zweifel — die Erobererströmung. Das nationale Prinzip ist gegenwärtig nur insofern von Bedeutung, als es die Erobererbestrebungen begründet, und die Bourgeoisie ist bereit, hundertmal darauf zu verzichten, falls sie dafür reale Kompensationen zu erhalten vermag. Im Zusammenhang mit dem neuen Krieg eröffnen sich vor der bulgarischen Bourgeoisie zwei hauptsächlichliche Möglichkeiten für eine territoriale Expansion: die eine auf das Tal des Flusses Vardara und die andere auf das Aegäische Meer. Deshalb darf man von einer mazedonischen und einer Thrazischen Orientierung sprechen. Aber die Blicke des Großkapitals sind in der Hauptsache auf Thrazien gerichtet. Die mächtigen Tabakexporteure reißen sich um die gold-einbringenden Thrazischen Tabakfelder. Die ausschlaggebende Industrie des Landes ist die Getreidemühlenindustrie, die ihre Zukunft in dem Ausgang zum Aegäischen Meere erblickt. Das Bank- und Handelskapital mißt der Expansion Bulgariens gerade in der Richtung dieses Meeres eine ungeheuere Bedeutung bei. In Thrazien hofft die Bourgeoisie auch ihre Flüchtlinge unterzubringen.

Die mazedonische Orientierung hält sich, umgekehrt, in der Hauptsache an die mazedonisch-bulgarische Emigration, während sie in den Kreisen der bulgarischen Bourgeoisie weniger standfeste Verteidiger besitzt. Ungeachtet dessen ist die Bedeutung der mazedonischen Frage für Bulgarien eine ungeheuere. Und nicht nur deshalb, weil die mazedonisch-bulgarische Emigration eine ungeheuere gesellschaftliche und politische Kraft darstellt, mit der jede Regierung zu rechnen hat, sondern auch noch darum, weil die Richtung der Außenpolitik Bulgariens weit mehr durch den äußeren imperialistischen Einfluß als durch innere Faktoren bestimmt wird.

All das bedeutet, daß die bulgarische Bourgeoisie — nachdem sie nun einmal zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß sie auf die rein nationalistischen Phantasien verzichten und bestrebt sein muß, alles zu nehmen, was und wo es nur zu haben ist — bereitwillig an das Aegäische Meer gehen wird, sobald sie eine verlässige Unterstützung von außen erhält, und daß sie dabei endgültig und ein für allemal auf Mazedonien verzichtet. Gleichzeitig aber bedeutet das auch, daß sie erneut das mazedonische Banner hochhalten wird, sobald ihre mächtigen Beschützer sie in die Richtung des Tales von Vardara stoßen werden. Die Zeitung „Mir“ gesteht das offen ein. Unter

anderem schrieb dieses Organ des Außenministers Buroff in der Nummer vom 24. August folgendes aus Anlaß des griechisch-jugoslawischen Abkommens:

„Falls sie (die Griechen) so vernünftig sein werden, sich mit uns zu versöhnen, so können sie Saloniki für alle Zeiten behalten; im gegenteiligen Falle wird sich das Unerläßliche und Unabwendbare zutragen . . . , da wir genötigt sind, entweder mit den Griechen, oder nur mit den Serben zu gehen. Niemals aber werden wir, nach dem, was vorgefallen ist, und nach der Art, wie sich die Ereignisse gestaltet haben, mit dem einen und dem anderen gleichzeitig gehen. Letzteres würde bedeuten, sich mit allen durch die Friedensverträge geschaffenen Ungerechtigkeiten abzufinden.“

Die bulgarische Bourgeoisie fühlt sich also stark und selbstbewußt genug, um offen von einem künftigen Kriege zu reden, auf die Ziele hinzuweisen, die sie verfolgt, und den Preis zu nennen, den sie für diese Ziele zu zahlen bereit ist. Damit ist der Handel eröffnet und der Kuhhandel kann losgehen.

Trotz des beendigten Konfliktes werden die serbischen Imperialisten ihre Bemühungen, schließlich zu einem Abkommen mit der bulgarischen Bourgeoisie zu gelangen, nicht aufgeben, da das für sie der sicherste Weg zur Erreichung ihres Hauptzieles, zur Eroberung von Saloniki ist.

Welche der imperialistischen Mächte würden ein derartiges Abkommen fördern? Zweifelsohne Frankreich und seine mitteleuropäischen Vasallen. In dieser Form aber und mit derartigen Zielen wird dieses Abkommen zweifelsohne auf Widerstand von Seiten Englands und Italiens stoßen. Natürlich würden die englischen Imperialisten gegen eine bulgarisch-serbische Annäherung nichts einzuwenden haben, falls diese unter ihrem Protektorat erfolgen würde und falls sie es wären, die ihre Bedingungen und Ziele festsetzen. Hier aber handelt es sich um ein Abkommen, das den französischen Imperialisten den Weg nach Saloniki eröffnen würde. Und das können ihre Rivalen nicht zugeben.

Das bulgarische Großkapital, das anscheinend bereit ist, mit den Belgrader Machthabern zu verhandeln, stößt auf den Widerstand seitens seiner mächtigen „Beschützer“ und Gebieter — der englischen Banken und der römischen Faschisten, und muß sich, ob es will oder nicht, den Mantel des reinen Nationalismus umhängen und sich das Schicksal der „mazedonischen Brüder“ zu Herzen nehmen.

Das aber bedeutet nichts anderes als dauernde schärfste Konflikte mit Jugoslawien.

Auch verschwindet der Boden für Zusammenstöße mit Griechenland nicht, da die Thrazische Frage für die kapitalistischen Klassen beider Länder nicht gelöst ist.

Auch werden sich die Beziehungen zu Rumänien in Ueberraschungen überbieten, da die Besorgnisse der Bukarester Drahtzieher um die Geschicke Bessarabiens und der Dobrudscha unaufhörlich zunehmen.

Der Zündstoff auf dem Brandherde des Balkan wird sich somit immer mehr häufen, und es bedarf nur noch eines Funkens, um alles in Flammen aufgehen zu lassen.

Natürlich werden die imperialistischen Staaten alles tun, um sich das Schicksal des Balkan nicht aus der Hand gleiten zu lassen. Sie werden sich bemühen, eine vorzeitige Entflammung des Brandherdes zu verhindern — ob sie das aber jedes Mal rechtzeitig können und ob sie die launischen Funken zu löschen vermögen, das ist eine andere Frage.

A. MARTYNOW: GENOSSE TROTZKI VERTEIDIGT SICH

I. „Brester Frieden“

Genosse Trotzki, der Oberbefehlshaber des Oppositionsblocks, ist auf der 15. Parteikonferenz mit seiner alten, „bewährten“ Losung erschienen: „weder Krieg noch Frieden“. Er ist erschienen, nachdem er die Generalschlacht bereits verloren hat. Die Opposition erklärte die Parteimehrheit für eine „Stalinistische Fraktion“ und bezichtigte sie der „nationalen Beschränktheit“ und thermidorischer Wandlungen. Sie stellte gegen die Partei eine Plattform auf, die etwas in der Kommunistischen Partei noch nie dagewesenes darstellt. Darin hieß es:

„Das Schönfärben der Wirklichkeit, der amtliche Optimismus in den allgemeinen Fragen der Wirtschaft und der Pessimismus in der Frage des Arbeitslohnes, das Nichtsehenwollen der Kulakengefahr und die daraus folgende allzugroße Nachsicht den Kulaken gegenüber, die ungenügende Beachtung der Dorfarmut, die besonders rohe Druckausübung in den Arbeiterzentren, das Nichtbegreifenwollen der aus den letzten Sowjetwahlen sich ergebenden Lehren — dies alles bedeutet eine tatsächliche, reale und nicht eine bloß in Worten bestehende Vorbereitung des Bodens für menschewistische und sozialrevolutionäre Einflüsse.“

Die Opposition organisierte eine illegale Fraktion und bereitete sich nach allen Regeln der Verschwörerstrategie darauf vor, im Oktober der Partei die Entscheidungsschlacht zu liefern.

Geschlossen setzten sich alle Arbeiterzellen zur Wehr, um den Angriff auf ihre leninistische Partei zurückzuschlagen, und die Opposition erlitt eine schmachvolle Niederlage. Nach den Worten des ehemaligen Oppositionellen, des Genossen Andrejew, sind die Führer der Opposition zu dem Schluß gekommen, daß „erstens die Opposition auf eine reaktionäre (!) Stimmung der Arbeiterklasse gestoßen sei und zweitens die ökonomische Lage sich nicht als so schlecht erwiesen habe, wie sie es gedacht hatten“. Dadurch sahen sie sich gezwungen, auf eine teilweise Kapitulation einzugehen. Sie gaben eine „Erklärung“ ab, in der sie einerseits auf den weiteren fraktionellen Kampf verzichteten und andererseits folgendes sagten:

„Wir sind mit der Mehrheit des Parteitages und des Zentralkomitees in einer Reihe von prinzipiellen Fragen auseinander gegangen. Auf dem Boden dieser Anschauungen bleiben wir auch jetzt“.

Die Marschälle des Genossen Trotzki, die Genossen Sinowjew und Kamenew, wußten nicht ganz genau, auf dem Boden welcher Anschauungen sie jetzt bleiben. Dies ist aus folgenden drei Tatsachen zu ersehen:

Erstens hat Genosse Sinowjew im Oktober-Plenum des Zentralkomitees erklärt:

„Genosse Kamenew, ich und einige andere Genossen haben uns im Politbüro dahingehend geäußert, daß in diesen Thesen (der Genossen Rykow und Tomski) je drei bis vier Punkte vorhanden sind, die eine scharfe Polemik gegen die sogenannte „Opposition“ enthalten. Wir sind der Meinung, daß wenn man diese Punkte aus den ent-

sprechenden Resolutionen entfernt hätte . . . , es möglich gewesen wäre, dafür zu stimmen, daß diese Resolutionen als Grundlage angenommen werden“.

Also sind die Genossen Sinowjew und Kamenew schon bereit gewesen, trotz ihrer „Prinzipien“ die Resolutionen des Zentralkomitees, den sie unlängst für thermidorisch gewandelt hielten, als Grundlage anzunehmen.

Zweitens besagte diese mit sechs Unterschriften versehene „Erklärung“:

„Jeder von uns verpflichtet sich, seine Anschauungen nur in den im Statut und durch die Beschlüsse der Parteitage und des Zentralkomitees festgelegten Formen zu vertreten, in der Ueberzeugung, daß dasjenige, was an diesen Anschauungen richtig ist, von der Partei im weiteren Verlauf ihrer Arbeit übernommen werden wird.“

Die Opposition gab also selbst zu, daß in ihren Anschauungen sowohl Richtiges als auch Unrichtiges enthalten ist, daß sie sowohl gute als auch schlechte, untaugliche Ware feilbietet.

Drittens schließlich: Auf dem Oktober-Plenum erbat sich die Oppositionellen das Recht, zur Verteidigung ihrer Anschauungen in der Konferenz auftreten zu dürfen. Sie erhielten auch dieses Recht, haben jedoch verzichtet, bei den Debatten über die Berichte der Genossen Bucharin, Rykow und Tomski davon Gebrauch zu machen. Auf diese Weise haben sie ihre Parteipflicht — der Partei bei der Ausarbeitung der richtigen Linie in allen wichtigsten Fragen der Wirtschafts-, Gewerkschafts- und der internationalen Politik zu helfen — nicht erfüllt, wodurch sie bestätigt haben, daß sie in diesen prinzipiellen Fragen nichts für die Partei Taugliches und Annehmbares aufzuweisen haben.

Die Marschälle des Genossen Trotzki haben mit der Armee auch den Kopf verloren. Trotzki selbst aber, in seiner politischen Karriere an die Splendid-Isolation gewöhnt, ist in stolzer Haltung erschienen, in der Hoffnung, daß es ihm auf dieser Konferenz gelingen wird, in Erwartung besserer Zeiten mit der Partei einen „Brester Frieden“ zu schließen.

II. „Was haben wir Sozialdemokratisches an uns?“

In der Resolution zum Bericht des Genossen Stalin wurde der Opposition „sozialdemokratische Abweichung“ vorgeworfen. Genosse Trotzki tat darob in seiner Verteidigungsrede höchst erstaunt:

„Wir stritten über das Tempo der Industrialisierung und ich gehörte zu jenen, die darauf hinweisen, daß das gegenwärtige Tempo nicht genüge. . . . Ich sehe daran nichts Sozialdemokratisches, Genossen. Wir bestanden darauf, daß die Differenzierung des Dorfes . . . die Heraufsetzung der Steuerlast in bezug auf die wohlhabenden Spitzen der Mittelbauern sowie einen energischeren Druck auf die Kulaken erfordere. . . . Wir schlugen vor, 40 Prozent der Bauernarmut überhaupt von allen Steuern zu befreien. . . . Was daran sozialdemokratisch sein soll, kann ich nicht begreifen. Wir vertraten die Meinung . . . , daß die Voraussetzung einer erhöhten Arbeitsproduktivität eine, sei es auch bescheidene, Erhöhung des Arbeitslohnes sein muß. . . . Daran ist nichts Sozialdemokratisches.“

Genosse Trotzki ist ein guter, ein glänzender Advokat. Wahrlich, wenn ein Kommunist die Industrialisierung beschleunigen, den Kulaken in die Zange nehmen, der Dorfarmut helfen und die Arbeitslöhne erhöhen will, so ist daran nichts Sozialdemokratisches. Es handelt sich aber nicht darum. Es handelt sich um die konkreten Methoden, mit denen die Op-

position in der jetzigen konkreten Situation die werktätigen Klassen der Sowjetunion beglücken wollte. Hier liegt eben der Hund begraben. Hiervon hätte der Genosse Trotzki bei der Diskussion über die Berichte der Genossen Rykow und Tomski etwas verlauten lassen sollen. Da hat er jedoch vorgezogen, zu schweigen. Und das ist kein Zufall.

Die Erhöhung des Arbeitslohnes ist eine Pflicht der Kommunistischen Partei, die von ihr auch nicht einen Augenblick außer Acht gelassen wird. Wenn aber die Opposition den Vorschlag macht, diese Frage von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu trennen und den Arbeitslohn unabhängig von dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zu erhöhen, so legt sie eben dadurch ihre Gleichgültigkeit oder ihren Unglauben in bezug auf den sozialistischen Aufbau an den Tag. Die Opposition schlägt vor, man solle in einer sozialistischen Republik die gleiche Taktik befolgen, die die Kommunisten in einem bürgerlichen Staate anzuwenden haben. Diese Taktik wird unsern Arbeitern auch von den Menschewiki aus dem „Sozialistischen Boten“ empfohlen.

Das Industrialisierungstempo nach Möglichkeit zu fördern, ist eine gute Sache. Die Partei hat es bereits auf den 14. Parteitag beschlossen, und zwar gegen den Willen einiger Oppositioneller (Sokolnikow u. a.). Wenn aber die Opposition uns den Vorschlag macht, zu diesem Zweck die Großhandelspreise zu erhöhen (Vorschlag des Genossen Pjatakow) und der Kooperation Kapitalien zu entziehen, indem man sie der Industrie zuführt, so schlagen sie damit vor, die Gebrauchsgegenstände der Arbeitermassen zu verteuern, den Handel an das Privatkapital auszuliefern, die Stabilität der Valuta und den Zusammenschluß zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft zu untergraben. Das aber ist schon die stärkste Abweichung zur Sozialdemokratie hin.

Die Steuerlast von den Schultern der Dorfarmut auf die der Kulaken abzuwälzen, ist eine nicht minder gute Sache, und unsere Partei tut es auch: 15 Prozent des gehobenen Teiles unserer Bauernwirtschaften tragen 47 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Steuern, wogegen 25 Prozent der Gesamtbauernschaft von der Steuer überhaupt befreit sind. Die Opposition sieht jedoch in der Besteuerung des Kulaken und des Nepmannes die einzige oder jedenfalls die ausschlaggebende Quelle der Akkumulation. Genosse Kamenew hat auf der Konferenz gesagt:

„Sollte der Standpunkt, nach dem der Kulak und der Nepmann nur in ganz minimalen Ausmaßen akkumulieren, in der Partei vorherrschend werden . . . woher sollen wir dann im Lande die materiellen Mittel hernehmen, die für die Industrialisierung notwendig sind?“

Diese Worte können nur den einen Sinn haben: nicht das Proletariat akkumuliert durch seine sozialistische Industrie, nicht durch die ausschlaggebenden Massen der Bauernschaft werden, in dem Maße, wie sie ihre Wirtschaft verbessert, Mittel akkumuliert, die durch die Genossenschaften der Staatsindustrie zufließen. Es sind bei uns heute wie morgen allein die Kulaken und Nepleute, die akkumulieren. Das heißt, daß unsere Wirtschaft im Dorfe zu einer rein kapitalistischen Entwicklung verurteilt ist und uns angesichts dieser elementaren, unerbittlichen Tendenz nur eines übrig bleibt: den Kulaken wachsen zu lassen, um ihn von Zeit zu Zeit zu schröpfen. In vollständiger Uebereinstimmung damit behauptet die Opposition, daß die Differenzierung im Dorfe bei uns, trotz der Diktatur des Proletariats und

trotz der sozialistischen Kommandohöhen, genau in derselben Weise vor sich gehe, wie in den kapitalistischen Ländern. Die statistisch belegbare Tatsache, daß dank der ökonomischen Politik der Sowjetmacht der Prozentsatz der Bauern, die keinen Acker für sich bestellen, sowie der Prozentsatz der Zwergwirtschaften mit einer Saatfläche bis zu 2 Deßjatinen von Jahr zu Jahr zurückgeht, daß auch der Prozentsatz der Wirtschaften ohne bzw. mit wenig Vieh (bis zu 4 Stück) ständig abnimmt, daß bei uns im Dorfe ein allgemeiner Aufstieg aller Wirtschaften zu verzeichnen ist, die gutsituierten natürlich nicht ausgenommen, daß ferner die Proletarisierung bei uns in bedeutendem Maße das Resultat nicht eines Niederganges der Wirtschaft, sondern der Uebervölkerung des Dorfes ist, diese Tatsache existiert für unsere Panikmacher nicht.

Mit der Einschätzung des Charakters unseres Staates durch die Opposition steht es genau so. Zunächst hatte der Genosse Trotzki versucht, die Behauptung aufzustellen, unser Staat sei „bei weitem kein proletarischer“. Heute sagt sich die Opposition von dieser Behauptung bereits los. Heute hat Genosse Kamenew bereits die Leninsche Formel wiederhergestellt, nach der wir „einen proletarischen Staat in einem Lande mit vorwiegender Bauernbevölkerung und mit bürokratischen Entartungen“ haben. Welche Schlüsse zieht jedoch Genosse Kamenew daraus? Der erste Schluß:

„Die unteren Stockwerke des Gebäudes unserer Staatsgewalt befinden sich, was die alltägliche Kleinarbeit anbelangt, nicht in den Händen des reifen Industrieproletariats, sondern in den Händen der Bauernschaft“.

Das entspricht in bedeutendem Maße der Wirklichkeit. Wie ist jedoch die zweite Schlußfolgerung, die sich daraus ergibt? Wie läßt sich unter solchen Bedingungen die Diktatur des Proletariats aufrecht erhalten? Dadurch, so sollte man meinen, daß man die Führung der Bauernschaft durch das Proletariat und die Partei verstärkt. Der Genosse Kamenew begnügt sich jedoch damit nicht. Seine Schlußfolgerung lautet:

„Dagegen muß man mit der Methode der Heranziehung der Arbeiter, mit der Methode der Verproletarisierung des Staates kämpfen“.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß Genosse Kamenew den unteren Staatsapparat im Dorfe verproletarisieren will, daß er an die Möglichkeit einer sozialistischen Umwandlung der Bauernschaft nicht glaubt, daß er darum die Bauernschaft von der aktiven Teilnahme an dem sozialistischen Sowjetaufbau entfernen will, daß er, genau wie sein Gesinnungsgenosse, Preobraschenski, dem Proletariat empfiehlt, das Dorf als eine „Kolonie“ zu behandeln.

Fügt man zu diesem „positiven“ Programm der Opposition noch die unehörte Demagogie hinzu, die sie unter den parteilosen Massen entfaltete, fügt man die nie dagewesenen Anschuldigungen hinzu, die sie gegen die eigene Partei erhob, sowie die Zersetzung, die sie in alle Sektionen der Komintern zu tragen sich bemühte, so wird für jeden Kommunisten klar, daß es zu hundert Prozent berechtigt ist, unsere Opposition einer „sozialdemokratischen Abweichung“ zu bezichtigen. Auf dem Oktober-Plenum des Zentralkomitees sah sich Genosse Sinowjew gezwungen, selber zugeben, daß sich „die Dinge bei uns allem Anschein nach dahin entwickelten, daß die Streitigkeiten innerhalb der alten Garde von einer dritten Kraft ausgenutzt wurden“, d. h. von der konterrevolutionären Kraft.

Ueber diese ganze konkrete Politik der Opposition wurde in der Partei vor der Konferenz diskutiert, sie wurde auch auf der Konferenz behandelt, und zwar in den ersten drei Punkten der Tagesordnung. Die Opposition nahm an der Diskussion nicht teil, denn sie fühlte sich vollkommen außerstande, vor dieser Versammlung verantwortlicher Genossen das zu vertreten, was sie in den unteren Arbeiterzellen nicht hatte verteidigen können. In den Fragen der konkreten Politik hatte die Opposition bereits vor der Konferenz vollkommen bankrott gemacht. Um aber einer Wiederholung solcher an Verrat grenzenden Fehler vorzubeugen, mußte sich die Partei mit ihren theoretischen Ursachen befassen. Die einzige einigermaßen konsequente theoretische Begründung aller dieser Fehler läßt sich bei dem Genossen Trotzki in Gestalt seiner Theorie von den Triebkräften der russischen Revolution finden, d. h. in seiner berüchtigten „Theorie der permanenten Revolution“, die eine geistige Brücke zwischen dem Kommunismus und dem Menschewismus schlägt. Darum hat auch das Zentralkomitee als den letzten Punkt der Tagesordnung der Konferenz diese prinzipielle Frage aufgestellt. Man sollte glauben, daß das mehr als natürlich ist. Genosse Trotzki war aber auch darüber höchst „erstaunt“. Er könne beim besten Willen nicht begreifen,

„warum man es für nötig befunden hat, von diesen realen Meinungsverschiedenheiten, von diesen tatsächlichen, ernsten, durch die gegenwärtige Etappe unserer Wirtschaft und die imperialistische Entwicklung erzeugten Differenzen soweit zurückzugreifen und Meinungsverschiedenheiten über die Auffassung des Charakters unserer Revolution schlechthin zu konstruieren.“

Da Genosse Trotzki von sich auf andere schließt, kann er es sich nur dadurch erklären, daß die Parteikonferenz außerstande gewesen sei, in dem positiven Programm der Opposition eine „sozialdemokratische Abweichung“ aufzuzeigen, und darum zu abstrakten Fragen gegriffen habe. Wenn die Tugend eines guten Advokaten darin besteht, aus einem X ein U zu machen, so ist Genosse Trotzki ein glänzender Advokat: er stellt die Sache so hin, als ob nicht die Opposition, sondern die Mehrheit des Zentralkomitees der Teilnahme an den Diskussionen über die Fragen der konkreten Plattform der Opposition ausgewichen sei, als ob es nicht Tatsache wäre, daß die Konferenz sieben Sitzungen den praktischen Fragen gewidmet hat, ohne daß die Opposition zu diesen Fragen auch nur ein Wörtchen gesagt hätte.

III. „Meine persönlichen Schriften aus zufälligen Anlässen“

Um die spezifischen Anschauungen des Genossen Trotzki über die Triebkräfte der russischen Revolution zu charakterisieren, in denen Genosse Trotzki sich immer vom Leninismus unterschieden hat, führte Genosse Stalin eine Reihe von Zitaten aus Trotzki's Werken an. Genosse Trotzki ist wiederum „erstaunt“:

„Um die heutigen Anschauungen der sogenannten „Opposition“ in den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik zu charakterisieren, zieht man jetzt, Ende 1926, Zitate aus meinen persönlichen Schriften der Jahre 1917/1922 heran, nicht aus späteren Arbeiten und, ich wiederhole es nochmals, nicht aus meinen grundlegenden Werken, sondern aus solchen Schriften, die ich aus ganz zufälligen Anlässen geschrieben habe.“

Wie ein Strauß steckt Genosse Trotzki den Kopf in den Sand und glaubt, er sei nun für alle verborgen. Ueberflüssige Bescheidenheit! Genosse Trotzki ist eine genügend auffallende politische Figur und die Partei hat ihn sehr wohl bemerkt, hat seine politische Biographie sehr gut studiert. Genosse Trotzki will die Sache so darstellen, als ob die bezeichnendsten Stellen aus seinen Werken, die seine berüchtigte „Theorie der permanenten Revolution“ charakterisieren, aus „zufälligen Anlässen“ geschrieben seien und in keinem Zusammenhang mit der jetzigen, von ihm geführten Opposition stünden.

Um diesen Nebel zu zerstreuen, will ich dem Genossen Trotzki flüchtig einige Daten aus seinem politischen Leben in Erinnerung bringen. (In ausführlicher Weise habe ich dies in meiner Broschüre „An den Quellen des Trotzismus“ getan.) In der alten „Iskra“ stand Genosse Trotzki sehr links, soweit er sich aufs krasseste von dem Liberalismus „abgrenzte“. Und trotzdem erwies er sich im Augenblick der Spaltung zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki im Lager der letzteren. Was war es, worüber er damals stolperte? In seiner nach der Spaltung 1904 erschienenen Broschüre „Unsere politischen Differenzen“ nannte er einen Artikel von Starower „vorzüglich“, obwohl es in dem Artikel hieß:

„Die Idee des Proletariats, das den Befreiungskampf leitet, wird von der Idee eines Befreiungskampfes abgelöst, in dem dem Proletariat eine untergeordnete Rolle zugewiesen ist.“

Der „linke“ Genosse Trotzki solidarisierte sich also 1904 mit dem „vorzüglichen“ Artikel Starowers (Potressows), in dem behauptet wurde, daß die Aufgabe der Verwirklichung der proletarischen Hegemonie, die sich die alte „Iskra“ subjektiv gestellt hatte, bankrott geworden sei. Was bewies dieser erste Fehltritt des Genossen Trotzki? Er bewies, daß Genosse Trotzki, obwohl er nach wie vor den schonungslosen Kampf der Partei des Proletariats gegen die liberale Bourgeoisie für notwendig hielt, nicht begriffen hatte, daß das Proletariat den Sieg nur erringen kann, wenn es die Rolle des Hegemons, des Führers der Bauernschaft und überhaupt der kleinbürgerlichen Demokratie übernimmt. Aus diesem ersten Fehler entstand ein zweiter. Um der Aufgabe der Hegemonie gerecht zu werden, waren zweifelte Anstrengungen der Partei notwendig, das Proletariat von dem Einfluß der kleinbürgerlichen Klassen, die es führen wollte, zu bewahren. Dies setzte eine eiserne Disziplin in der Partei und eine jakobinische Unversönlichkeit voraus. Insoweit Genosse Trotzki für die Aufgabe der Hegemonie des Proletariats kein Verständnis hatte, insoweit verstand er auch nicht das sich daraus ergebende innerparteiliche Regime. Insoweit sank er auch in organisatorischen Fragen zum vulgären Menschewismus herab und lamentierte in der genannten Broschüre zusammen mit den Menschewiki: Weg mit der Kasernendisziplin in der Partei! Weg mit dem bürokratischen Zentralismus! Weg mit dem Jakobinertum!

Stimmt es nicht, lieber Leser, daß sich diese Fehler des Genossen Trotzki nicht als ganz „zufällig“ und vorübergehend erwiesen haben? Stimmt es nicht, daß hier ein sehr intimer Zusammenhang mit dem besteht, was Genosse Trotzki noch ganz unlängst, 1923, in seiner Broschüre „Der neue Kurs“ gesagt hat, sowie auch mit dem, was er jetzt sagt? Eben aus diesen Fehlern

heraus entstand (unter Mitwirkung von Parvus) Trotzki's „berühmte“ „Theorie der permanenten Revolution“, deren Wesen darin enthalten war, daß er die Rolle der Bauernschaft in unserer Revolution nicht genügend hoch einschätzte und daß er, im voraus den kommenden Verrat der Bauernschaft auskostend, den Vorschlag machte, über die Etappe der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hinwegzuspringen und, in der Hoffnung auf eine sofortige Unterstützung des russischen Proletariats durch die sozialistische Revolution im Westen, den Kurs unmittelbar auf die sozialistische Revolution auch in Rußland zu nehmen. Die unvermeidliche Spaltung zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft im Auge habend, schrieb Genosse Trotzki noch im Jahre 1905:

„Ohne direkte staatliche Unterstützung des europäischen Proletariats wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht imstande sein, sich an der Macht zu halten und ihre zeitweise Herrschaft in eine dauernde sozialistische Diktatur zu verwandeln. Daran kann man auch nicht einen Augenblick zweifeln. Andererseits ist aber auch daran kein Zweifel möglich, daß die sozialistische Revolution im Westen uns gestatten wird, die zeitweilige Herrschaft der Arbeiterklasse unmittelbar und direkt in die sozialistische Diktatur umzuwandeln.“

Das war das Wesen der Theorie der permanenten Revolution, die Genosse Trotzki 1905 aufstellte und die er auch im Jahre 1922 und im Jahre 1924 verteidigte.

In der Epoche der Stolypinschen Reaktion sank Genosse Trotzki von den Höhen der sozialistischen Diktatur in Rußland bis zu der „Petitionskampagne“ und dem Augustblock mit den liquidatorischen Menschewiki herab. War das nur ein „Zufall“? Nein. Das ergab sich aus dem gleichen grundlegenden Fehler des Genossen Trotzki: Als die Agrarbewegung in Rußland abflaute und die revolutionären Prozesse im Dorfe die versteckte Form molekularer Prozesse annahmen, war die Bauernschaft aus dem Gesichtskreis des Genossen Trotzki verschwunden. Infolgedessen begann er zusammen mit den menschwistischen Liquidatoren eine engherzige, zunftmäßige, jedes breiten revolutionären Schwunges bare Arbeiterpolitik zu propagieren.

Als der Weltkrieg entbrannt war, trat Genosse Trotzki gegen die defaitistischen Losungen Lenins auf, nannte sie „umgestülpten Sozialpatriotismus“ und setzte den Losungen Lenins — die Revolution in einem Lande, und namentlich in Rußland, zu beginnen — seine eigene Losung einer gleichzeitigen europäischen Revolution entgegen, die die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas zur Folge haben sollte. War das ein Zufall? Nein. Das ergab sich aus demselben grundlegenden Fehler: einerseits aus dem Unglauben an die inneren Kräfte der Revolution in unserem rückständigen Bauernlande, andererseits aus der utopischen Vorstellung, die proletarische Revolution in Rußland werde unvermeidlich mit der sozialistischen Revolution in ganz Europa zusammenfallen.

Als Genosse Trotzki am Vorabend der NÖP, während der Gewerkschaftsdiskussion, den Vorschlag machte, noch einen Schritt weiter in der Richtung des Kriegskommunismus zu machen und die Gewerkschaften im Apparat der Staatsgewalt aufgehen zu lassen, war das nur ein zufälliger Vorschlag? Nein. Er ergab sich aus dem gleichen Fehler — aus dem Nichtbegreifen des Wechselverhältnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft.

Als Genosse Trotzki in der Zeit der „Schere“ Panik zu säen begann, keine konkreten Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise vorschlagen konnte und als er anstelle eines konkreten Planes eine uferlose Diskussion über die Notwendigkeit der „Planmäßigkeit“ überhaupt empfahl, war das ein Zufall? Nein. Das ergab sich aus demselben alten Unglauben an die inneren Kräfte der russischen Revolution, aus dem Unglauben an die Möglichkeit, die inneren Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft zu überwinden, wenn uns nicht eine siegreiche proletarische Revolution im Westen zu Hilfe komme. Wir brauchen uns hier nicht darüber zu verbreiten, daß auch der heutigen oppositionellen Plattform der gleiche Grundfehler des Genossen Trotzki anhaftet.

Wir sehen also, daß es lächerlich ist, die Auslassungen des Genossen Trotzki, die von Stalin von neuem ans Licht gezogen wurden, als „zufällig“ zu bezeichnen: sie ergeben sich aus der Natur des Trotzismus selbst. Aber genau so wenig ist auch das ein Zufall, daß Genosse Trotzki es verstanden hat, sich an die Spitze der neuen Opposition zu stellen: die äußerst schwierigen Aufgaben, vor denen die Partei heute, während des Ueberganges von der Wiederherstellungsperiode zur Umgestaltung der Produktion, steht, erzeugen bei Genossen, die schon immer in entsprechenden Augenblicken „schwindlig geworden“ sind, Unglauben und Pessimismus. Und um diesen Unglauben ideologisch zu begründen und ihm einen ultralinken und ultrarevolutionären Schein zu verleihen, gibt es keine bessere Theorie als die des Genossen Trotzki. Diese Theorie ist eine sehr bequeme Brücke vom Bolschewismus zum Menschewismus: ohne linke, revolutionäre Phrasen ist der Menschewismus in unsere Partei nicht einzuschmuggeln.

IV. „Ich mit Lenin und Lenin mit mir“

Genosse Trotzki ist sich dessen sehr wohl bewußt, daß eine offene Propaganda des Trotzismus in unserer Partei absolut undenkbar ist, daß eine solche Propaganda zur Zeit völlig hoffnungslos bleibt. Darum hat er in seiner Verteidigungsrede verschiedentlich den Beweis zu führen gesucht, daß er in seinen „grundlegenden Werken“, die aus irgendeinem Grunde von seinen Gegnern nicht zitiert werden, genau dasselbe gesagt habe wie auch Genosse Lenin und daß, umgekehrt, Genosse Lenin mehrfach das gleiche gesagt habe, was auch Genosse Trotzki in den ihm zur Last gelegten Stellen, nur mit etwas anderen Worten, zum Ausdruck bringt.

Genosse Trotzki zitiert eine Reihe von Werken, die er im Auftrage der Partei geschrieben hat, und in denen er die Meinung vertritt, daß die russische Oktoberrevolution eine sozialistische Revolution sei, daß unser Proletariat die sozialistischen Kommandohöhen beherrsche, daß wir bereits mit Erfolg am Aufbau des Sozialismus tätig seien usw. usw. Das ist sehr gut, und wenn der Genosse Trotzki dies nicht gesagt und nicht geschrieben hätte, so gäbe es für ihn einen Platz weder im Politbüro noch im Zentralkomitee noch in der Kommunistischen Partei überhaupt. Es handelt sich jedoch nicht darum. Die Frage ist die, wo und wann hat Trotzki, sei es auch nur ein einziges Mal, gesagt, daß wir aus eigenen Kräften, ohne die staatliche Hilfe des siegreichen europäischen Proletariats, den Sozialismus nicht nur bauen, sondern auch zu Ende bauen können. Nirgends und niemals!

Noch viel schlimmer ist der Umstand, daß Genosse Trotzki jetzt die Anschauungen des Genossen Lenin zu fälschen sucht, indem er sie in trotzkistischem Sinne auslegt. Zu diesem Zweck zitiert er ein Manuskript Lenins, betitelt: „Etappen, Richtung und Perspektiven der Revolution,“ geschrieben Ende 1905 und veröffentlicht im fünften Lenin-Sammelband. Genosse Trotzki führt einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze an und schlußfolgert:

„Genossen, ich fürchte sehr, daß wenn man sagen würde, dieses Zitat sei ein böswilliges Produkt des Trotzkiismus, viele daran glauben würden.“

Was mich betrifft, so fürchte ich ganz etwas anderes: Wenn die Genossen das, was Lenin 1905 in diesem Manuskript gesagt hat, ungekürzt dem gegenüberstellen, was im selben Jahre 1905 der Genosse Trotzki behauptet hat, so würden sie sich überzeugen, daß Genosse Trotzki sich heute mit dem nicht besonders vornehmen Geschäft abgibt, den Genossen Lenin zu verfälschen. Die Genossen auf der Konferenz haben das bereits gesagt und auch bewiesen.

Genosse Lenin schildert in diesem Manuskript perspektivisch sechs aufeinanderfolgende Etappen der russischen Revolution von 1905. Die vierte Etappe wird von ihm wie folgt dargestellt:

„Die Arbeiterbewegung siegt in der demokratischen Revolution unter passiver, abwartender Haltung der Liberalen und unter aktiver Unterstützung durch die Bauernschaft... Der Aufstand der Bauern ist erfolgreich, die Macht der Gutsbesitzer wird gebrochen („revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“).“

Die fünfte Etappe:

„Die liberale Bourgeoisie, abwartend in der dritten Periode, passiv in der vierten, wird offen konterrevolutionär und organisiert sich, um dem Proletariat die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Auch der ganze wohlhabende Teil sowie ein bedeutender Teil der Mittelbauernschaft wird „vernünftiger“, ruhiger und wendet sich der Konterrevolution zu, um dem Proletariat und der mit ihm sympathisierenden Dorf-
armut die Macht aus den Händen zu schlagen.“

Die sechste Etappe:

„Auf dem Boden der während der sechsten Periode entstandenen Beziehungen wächst und entbrennt eine neue Krise und ein neuer Kampf, wobei das Proletariat bereits für die Wahrung der demokratischen Errungenschaften im Interesse des sozialistischen Umsturzes kämpft. Dieser Kampf wäre für das russische Proletariat allein nahezu hoffnungslos und seine Niederlage genau so unvermeidlich, wie die der deutschen revolutionären Parteien in den Jahren 1848/49 oder wie die Niederlage des französischen Proletariats im Jahre 1871, sollte dem russischen Proletariat nicht das sozialistische Proletariat Europas zu Hilfe kommen... Unter solchen Bedingungen kann das russische Proletariat den zweiten Sieg erringen. Dann ist die Sache nicht mehr hoffnungslos. Der zweite Sieg wird den sozialistischen Umsturz in Europa bedeuten. Die europäischen Arbeiter werden uns zeigen, „wie es gemacht wird“, und dann werden wir zusammen mit ihnen den sozialistischen Umsturz herbeiführen.“

So schrieb Genosse Lenin 1905. Was sagte aber zur gleichen Zeit, unter den Bedingungen des Jahres 1905, der Genosse Trotzki? Er behauptete, das russische Proletariat werde unmittelbar eine sozialistische Revolution machen und, nachdem es auf den Widerstand der großen Mehrheit der Bauernschaft gestoßen sein wird, die Hilfe durch eine siegreiche sozialistische Revolution im Westen finden. Sind diese beiden Behauptungen einander ähnlich? Nicht im geringsten.

Genosse Lenin sprach von dem Uebergang „eines bedeutenden Teiles der Mittelbauernschaft auf die Seite der Konterrevolution“ unter Bedingungen einer siegreichen demokratischen, d. h. bürgerlichen Revolution, während der man der Entwicklung kapitalistischer Beziehungen im Dorfe noch keine Hindernisse in den Weg legen wird; Genosse Trotzki dagegen sprach von dem unvermeidlichen Uebergang der Mehrheit der Bauernschaft auf die Seite der Konterrevolution unter den Bedingungen der sozialistischen Revolution des Proletariats. Das ist der erste fundamentale Unterschied. Zweitens: als Genosse Lenin davon sprach, daß die russische Revolution sich vor einer Restauration nur unter der Bedingung retten könne, daß das sozialistische Proletariat Europas ihr zu Hilfe käme, daß die russische demokratische Revolution, im Verlauf einer gewissen Periode, in eine allgemein-europäische sozialistische Revolution übergeht, da hatte Genosse Lenin die Situation von 1905 im Auge, die Situation vor dem Kriege, als die kapitalistische Welt noch nicht in sich einander bekriegende Lager zerklüftet war, als der Prozeß des Hinübergehens der demokratischen Revolution in eine sozialistische in Rußland nur sehr langwierig und qualvoll sein konnte, als das russische Proletariat, auf sich allein angewiesen, angesichts der geschlossenen Einheitsfront der gesamten europäischen Bourgeoisie den sozialistischen Umsturz nicht hätte vollbringen können, als es ihn mit Erfolg nur dann hätte durchführen können, wenn die sozialistische Revolution gleichzeitig in verschiedenen Ländern vor sich gegangen wäre. Genosse Trotzki aber ist nach wie vor der Meinung, daß ohne eine rasche Hilfe des siegreichen europäischen Proletariats die Niederlage der russischen sozialistischen Revolution auch unter den heutigen Bedingungen der Nachkriegsepoche unvermeidlich sei, obwohl die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten sich heute äußerst zugespitzt haben. Das ist der zweite tiefgehende Unterschied. Endlich war Lenin auch in der heutigen Epoche der Meinung, daß ein Bündnis des Proletariats mit der gesamten Bauernschaft nur im Augenblick der demokratischen Revolution möglich sei (Februarrevolution); nach der Machtergreifung des Proletariats dagegen rechnete er auch jetzt mit einem engen Bündnis des Proletariats nur mit der Bauernarmut. Die schwankenden Mittelbauern wollte er lediglich neutralisieren. Erst nach der Festigung der politischen Macht des Proletariats rollte Genosse Lenin das Problem eines neuen engen Bündnisses zwischen dem Proletariat und der gesamten Mittelbauernschaft auf. Hat all das eine Ähnlichkeit mit dem, was Genosse Trotzki über die unvermeidliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft in der heutigen letzten Phase spricht? Nicht im geringsten. Was Genosse Lenin gesagt hat, das ist bis jetzt von der Geschichte noch immer bestätigt worden, was dagegen Genosse Trotzki behauptet hat, das ist von der Geschichte stets und immer verworfen worden.

Genau so überzeugend sind auch die Berufungen des Genossen Trotzki auf die Werke Lenins aus den Jahren 1918, 1919 und 1921, in denen Lenin gesagt hat, daß wir zugrunde gehen werden, wenn nicht recht bald die Revolution auch in anderen Ländern beginnt. Man muß vollkommen blind sein und nicht das geringste Verständnis für die historische Perspektive haben, um die Bedingungen jener Periode mit denen der heutigen gleichzusetzen. Denn damals hatten wir erstens eine ziemlich schnell anwachsende

revolutionäre Welle im Westen, zweitens befanden wir uns in den Krallen der Intervention, der Zerrüttung und der Hungersnot. Was meinte Genosse Lenin, als er unter den damaligen Bedingungen sagte, daß unsere Revolution zugrunde gehen wird, wenn nicht rechtzeitig die Revolution im Westen eintritt? Wollte er damit zum Ausdruck bringen, daß Rußland den Sozialismus aus eigenen Kräften nicht aufbauen könne? Durchaus nicht! Das hat er nirgends gesagt. Damit meinte er nur, daß das verwüstete, hungerleidende Rußland von der Intervention erdrückt werden wird, falls nicht rechtzeitig die europäische Revolution eintritt. Sobald es sich jedoch herausstellte, daß einerseits die europäische Revolution sich in die Länge zieht und daß andererseits wir die Zerrüttung zu überwinden und aus eigenen Kräften die Industrie wiederherzustellen beginnen, da betonte Genosse Lenin immer klarer und bestimmter, daß wir den Sozialismus auch mit eigenen Kräften allein bauen und auch vollenden können. Bereits im Jahre 1921, zu Beginn der NÖP, schrieb Genosse Lenin, daß unter der Bedingung der Elektrifizierung des Landes bei uns die Möglichkeit eines unmittelbaren Ueberganges zum Sozialismus denkbar sei, und fügte hinzu:

„Wir wissen sehr gut, daß allein diese eine Bedingung mindestens zehn Jahre nur für die Ausführung des ersten Teiles des Programms erfordert und daß eine Verkürzung dieser Frist wiederum nur im Falle einer siegreichen proletarischen Revolution in solchen Ländern, wie England, Deutschland und Amerika, denkbar ist.“

Also sprach Genosse Lenin bereits damals von der sozialistischen Revolution in den anderen Ländern als von einer Vorbedingung der Beschleunigung und nicht des Ueberganges zum Sozialismus selbst. Auf dem 4. Weltkongreß der Komintern, als wir bereits eine teilweise Stabilisierung unserer Valuta aufzeigen konnten, und als ein bestimmter Teil unserer Industrie ohne Defizit zu arbeiten begonnen hatte, da betonte Lenin, daß er von dem Staatskapitalismus in Rußland in einem sehr bedingten Sinn gesprochen habe, daß es kein Staatskapitalismus sei, wenn unser Proletariat alle sozialistischen Kommandohöhen beherrsche. Endlich hat Genosse Lenin in seinem letzten Artikel über die Kooperation bereits mit aller Bestimmtheit und Entschiedenheit erklärt, daß in unserer Republik „alle für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft notwendigen und ausreichenden Bedingungen“ vorhanden sind.

Um diese oder jene Aussprüche Lenins im trotzkistischen Sinne auszulegen und dabei einen, sei es auch noch so minimalen Schein der Wahrheitstreue zu wahren, muß man der geschichtlichen Entwicklung den Rücken zugewandt haben, muß man die Partei rückwärts zerren, muß man die Methoden jener berüchtigten „historischen Schule“ anwenden, von der Marx einmal gesagt hat, daß die Geschichte ihr, wie der Gott Israels dem Moses, nur ihr Hinterteil zugewandt habe.

V. „Auf die verfluchten Fragen eine offene Antwort!“

Unsere Partei ist ganz dicht an die Aufgabe des sozialistischen Aufbaues herangetreten, und das Proletariat will wissen, ob bei uns der Aufbau des Sozialismus, nur mit unseren Kräften allein, möglich ist oder nicht? Im ersten Falle wird das Proletariat den Glauben und den Heroismus besitzen, seine Sache weiter zu verfolgen, wie es dies bis jetzt getan hat. Im zweiten

Falle wird das Proletariat, im Bewußtsein, daß wir dazu verurteilt sind, von Stufe zu Stufe herabzusinken, so lange, bis uns die siegreiche Revolution im Westen rettet, bei jedem schwierigen Wendepunkt, bei jeder unvermeidlichen wirtschaftlichen Schwierigkeit in Verzagtheit und Pessimismus verfallen. Man darf einer kategorischen Antwort auf diese Frage nicht ausweichen. Die Partei hat den Genossen Trotzki gezwungen, eine Antwort zu geben, und der Genosse Trotzki hat mit Nein geantwortet.

Genosse Stalin begründete die Möglichkeit des siegreichen Sozialismus in einem Lande mit der verstärkten Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in der Epoche des Imperialismus — ein Gesetz, das Lenin entdeckt hat — und berief sich darauf, daß Genosse Lenin noch im Jahre 1915 im Artikel „Ueber die Losung der Vereinigten Staaten Europas“ geschrieben hat:

„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus anfänglich in wenigen oder sogar in einem einzelnen kapitalistischen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde, nachdem es die Kapitalisten expropriert und bei sich die sozialistische Produktion organisiert hat, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, indem es die unterdrückten Klassen der anderen Länder für sich gewinnt, in diesen den Aufstand gegen die Kapitalisten herbeiführt und nötigenfalls sogar mit Militärgewalt gegen die ausbeutenden Klassen und ihre Staaten vorgeht.“

Genosse Trotzki erwiderte darauf Stalin:

„Es ist nicht zu leugnen, daß der Kapitalismus auch jetzt in allen Ländern sich äußerst ungleichmäßig entwickelt, jedoch war diese Ungleichmäßigkeit im 19. Jahrhundert größer als im 20. Jahrhundert . . . Damals war die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung krasser und tiefergehend . . . Eben weil das Finanzkapital die beweglichste und biegsamste Form des Kapitals ist, entwickelt der Imperialismus „ausgleichendere“ Tendenzen als der vorimperialistische Kapitalismus.“

Diese Behauptung, mit der sich auch der in die Gefangenschaft des Genossen Trotzki geratene Genosse Sinowjew solidarisch erklärt hat, ist ein typisches Produkt des heutigen Opportunismus, und Genosse Lenin hat in seinem Buche „der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“ bereits eine gebührende Antwort darauf gegeben:

„Kautskys Gerede über Ultra-Imperialismus nährt u. a. den grundfalschen Gedanken, der Wasser auf die Mühle der Apologeten des Imperialismus leitet, daß die Herrschaft des Finanzkapitals die Ungleichmäßigkeiten und Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft abschwäche, während sie in Wirklichkeit diese verstärkt.“

Wiederum hat also das „Bündnis“ des Genossen Trotzki mit dem Genossen Lenin einen tiefen Riß bekommen.

Ferner sagt Genosse Trotzki, es sei unmöglich, zu behaupten, daß wir den Sozialismus aus eigenen Kräften werden aufbauen können, und dabei von der internationalen Lage und der Entwicklung der Weltwirtschaft zu abstrahieren. Er leistet sich folgenden Witz darüber:

„Wenn man von der Witterung und der Miliz abstrahiert, kann man im Januar nackt durch die Moskauer Straßen laufen. Ich fürchte aber, daß, wenn Ihr dieses Experiment macht, weder die Witterung noch die Miliz von Euch abstrahieren werden.“

Das ist sehr geistreich gesagt. Aber vielleicht ist dem Genossen Trotzki bekannt, daß z. B. ein solcher Sonderling wie Karl Marx bei der Abfassung der Bände I und II des „Kapital“ davon abstrahierte, daß es in der

kapitalistischen Gesellschaft außer den Kapitalisten und Arbeitern auch noch andere, dazwischen liegende Klassen gibt, daß ferner in jedem modernen kapitalistischen Lande neben den kapitalistischen Beziehungen auch noch Ueberreste anderer, früherer Wirtschaftsordnungen vorhanden sind? Ist es ein Zufall, daß Marx in diesem Sinne „nackt herumgelaufen“ ist? Nein, er mußte das tun, um hinter die inneren, immanenten Gesetze des Kapitalismus zu kommen. Indem wir davon sprechen, daß unsere Republik, falls ihre ökonomische Entwicklung nicht durch eine gewaltsame Intervention unterbrochen wird, aus eigenen Kräften den Sozialismus aufbauen kann, sündigen wir nur insofern, als wir der marxistischen Methode treu bleiben. Wir machen das, um logisch voneinander zu trennen, was von uns abhängig ist und was nicht. Wie steht es aber mit dem Verbundensein unserer Wirtschaft mit der Weltwirtschaft? Sehr einfach. Mit der Behauptung, daß wir alles besitzen, um den Sozialismus mit eigenen Kräften aufzubauen, behaupten wir zweierlei: Erstens, daß bei einer richtigen Wirtschaftspolitik die sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft schneller wachsen werden als die kapitalistischen Elemente, was die Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft beseitigen wird. Zweitens behaupten wir damit, daß bei einer richtigen Wirtschaftspolitik das Tempo unserer ökonomischen Entwicklung, dank der Ueberlegenheit der vergesellschafteten Produktion, dasjenige der kapitalistischen Länder nicht nur wird einholen, sondern auch überholen können, was die Ueberwindung unserer Konkurrenzschwäche auf dem Weltmarkt bedeuten wird. Die Genossen Trotzki und Kamenew meinen, diese zweite Bedingung hänge nicht von uns, nicht von den Kräften unseres Landes, sondern von den äußeren Kräften der Weltökonomik ab, sie glauben, daß wir dazu verurteilt seien, in eine immer und immer größere Abhängigkeit von der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verfallen. Darum werfen sie auch die militärische und die ökonomische Intervention in ein und denselben Topf. Dies zeugt jedoch nur von ihren Kapitulationsstimmungen, von ihrem Unglauben an die Fähigkeit des Proletariats unseres rückständigen Landes zum sozialistischen Schaffen. Ja, wir sind rückständig, aber das kapitalistische Rußland, das Rußland vor dem Kriege, war nicht minder rückständig. Warum war es denn fähig, in den neunziger Jahren wirtschaftlich emporzusteigen, ohne dabei eine Kolonie zu werden? Warum sollen wir es denn nicht fertig bringen, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit zu bewahren, da wir doch bereits bewiesen haben, daß unser Entwicklungstempo dasjenige des Vorkriegsrußland um das Dreifache übertrifft. Denn es ist doch eine Tatsache, daß die jährliche Zunahme der industriellen Produktion im Vorkriegsrußland von 1900 bis 1913 3,87 Proz. betrug, während wir unsere Industrie im nächsten Jahre um 17 bis 18 Prozent und im Jahre 1927/28 um etwa 12 Prozent zu steigen planen.

Das letzte Argument, das die Genossen Trotzki und Sinowjew gegen uns ins Feld führen, ist rein demagogischer Natur: indem ihr davon redet, daß wir im Laufe von Jahrzehnten selbständig zum Sozialismus werden vorrücken können, bestätigt ihr, daß es Jahrzehnte lang keine Revolution im Westen geben wird; ihr haltet also den Kurs auf eine dauerhafte Stabilisierung des europäischen Kapitalismus. Das ist keine Kinderei mehr, das ist eine infame Verleumdung! Worauf unsere Parteileitung im gegenwär-

tigen Moment den Kurs hält, davon spricht überzeugend genug die energische Unterstützung der englischen Streikenden durch unsere Gewerkschaften sowie jene kraftvolle Unterstützung, die unsere Partei der revolutionären Bewegung in China zukommen läßt, obwohl das die politischen Beziehungen sehr gespannt macht. Wir verzichten nicht nur auf die Perspektive einer baldigen Revolution in den anderen Ländern, im Gegenteil, wir sind davon überzeugt, daß, wenn wir in der Hoffnung auf Erfolg den Sozialismus in Rußland bauen, wir damit einen mächtigen Impuls der Entwicklung der Weltrevolution geben.

Wir betonen, daß wir mit eigenen Kräften den Sozialismus aufbauen können, nicht darum, weil wir auf die revolutionäre Perspektive im Westen verzichten, sondern darum, weil wir ohne Verständnis der Entwicklungsgesetze unserer Wirtschaft, weil wir ohne Verständnis der Möglichkeit unseres selbständigen Fortschreitens zur Verwirklichung des Sozialismus jetzt schon den Sozialismus nicht bauen können, jetzt schon vor jeder ökonomischen Schwierigkeit kapitulieren werden, wie es eben die Opposition tut. Was wir hier gesagt haben, deckt sich mehr oder weniger genau damit, was die Genossen auf der Parteikonferenz auf die Rede des Genossen Trotzki gesagt haben. Genosse Trotzki, der bei dem Versuch, „ins Volk“ zu gehen und unmittelbar an die Arbeitermassen zu appellieren, sich eine vernichtende Niederlage geholt hat, hat auf der Konferenz zum zweiten Mal eine nicht minder vernichtende Niederlage erlitten. Er ging auf die Konferenz in der Berechnung, mit der Partei einen „Brester Frieden“ zu schließen und sich in seinen Stellungen so lange zu verschanzen, bis neue wirtschaftliche Schwierigkeiten ihm gestatten, unter der Fahne des Trotzkiismus einen neuen Feldzug gegen den Leninismus zu eröffnen. Genosse Trotzki hat sich verrechnet. Er hat das Wachstum der Partei unterschätzt, hat nicht begriffen, daß die Partei bereits lange aus dem Zustand heraus ist, wo das Verhältnis zwischen den Führern und der Partei ein Verhältnis zwischen „Helden“ und einer „Menge“ ist. Unsere Partei ist gewachsen und hat unsere Parteiführung genügend proletarisch gemacht. Darum hat Genosse Stalin dem einmütigen Willen der Partei Ausdruck verliehen, als er in seinem Schlußwort sagte: Wir haben euch geschlagen; sollte es euch einfallen, wieder zu den Arbeitern zu gehen, um unter ihnen Mißtrauen unserem sozialistischen Aufbau gegenüber zu säen, so werden wir euch endgültig schlagen.

B. FERDI:

DIE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IN DER TÜRKEI UND DIE LAGE DER WERKTÄTIGEN

Die türkische Arbeiterklasse

Unter den 11 Millionen Einwohnern der Türkei gibt es rund 250 000 Arbeiter, außer den Landarbeitern (Tagelöhnern), die auf rund 400 000 Familien geschätzt werden. Die Zahl der eigentlichen Industriearbeiter, die Eisenbahner nicht mitgerechnet, erreicht rund 60 000. Auf je 1000 Einwohner entfallen somit 23 städtische Arbeiter und 37 landwirtschaftliche Tagelöhner, das ist rund 6 Prozent Arbeiter. Dieses Verhältnis steht hinter demjenigen der Balkanländer sowie anderer agrarischer Länder nicht zurück.

Einige Großstädte sind wirkliche Industriezentren mit Tausenden von Arbeitern. So gibt es z. B. in Konstantinopel über 70 000 Arbeiter, in Smyrna über 40 000.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter entbehren heute noch jeder Organisation, selbst der rudimentärsten. Die übrige Arbeiterklasse der Türkei hat aber bereits seit geraumer Zeit den Weg der Gewerkschaftsorganisation beschritten. Die meisten Arbeiterorganisationen blicken auf ein mehr als 20 jähriges Bestehen zurück, ganz abgesehen von den Handwerkervereinen, deren Entstehung noch viel weiter zurückliegt.

Die Zahl der in Handwerkervereinen zusammengeschlossenen Arbeiter wird auf 62 000 geschätzt. Somit sind 24 Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaftsorganisationen können in vier Gruppen eingeteilt werden: Handwerkervereine, denen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber angehören (26), die unabhängigen Gewerkschaften, die als reformistische bezeichnet werden können und die sich ausschließlich auf Vertretung kleiner Berufsinteressen beschränken (18), ferner werden 19 Gewerkschaften gezählt, die mit der Profintern sympathisieren, sowie 16 revolutionäre Gewerkschaften, alles in allem also 79 Arbeiterorganisationen. Die Gründung der revolutionären Gewerkschaften erfolgte in der Mehrzahl nach 1919 durch Kommunisten. Die reformistischen und die mit der Profintern sympathisierenden Gewerkschaften bestehen zumeist seit 1908.

Hieraus geht hervor, daß die türkische Arbeiterklasse in einem lebhaften Organisationsprozeß begriffen und daß ihre Differenzierung bereits ziemlich weit vorgeschritten ist.

Spontaneität der Arbeiterbewegung

Manche Genossen sagen: Es sind die Kommunisten, die die türkische Arbeiterbewegung ins Leben gerufen haben. Ohne den von Kommunisten ausgehenden Impuls würden die in ihrer Mehrzahl unwissenden, unentwickelten Arbeiter unter dem Einflusse des Terrors einer völligen Passivität anheimfallen usw.

Um die Bedeutung der kommunistischen Tätigkeit in ein besseres Licht zu rücken, wird also die spontane Bewegung der türkischen Arbeiterklasse geleugnet, was aber einer völligen Entstellung ihrer Geschichte gleichkommt und nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß die türkische Arbeiterbewegung eine von Politikern künstlich ins Leben gerufene sei. Eine solche Behauptung wird aber von den Tatsachen Lügen gestraft.

Das niedrige Kulturniveau der türkischen Arbeiterklasse ist unbestreitbar, nichtsdestoweniger besitzt sie ein scharf ausgeprägtes Klassenbewußtsein. Durch seine besonderen Entwicklungsbedingungen wurde das türkische Proletariat stets, wenn nicht zum systematischen Kampf, so doch zu Empörung gegen seine krasse Ausbeutung getrieben. Das Proletariat der kapitalistischen Länder, dessen numerisches Erstarken mit der kapitalistischen Entwicklung gleichen Schritt hielt und das sich sozusagen parallel mit der Bourgeoisie entwickelte, war in der Lage, allmählich einen großen Erfahrungsschatz zu sammeln. In der Türkei aber setzte die einheimische Bourgeoisie zuerst im Schlepptau des ausländischen Kapitals, später auf eigene Rechnung, von Anfang an mit den raffiniertesten Ausbeutungsmethoden ein.

Die Arbeiter fühlten sich bald als Opfer dieses Produktionssystems und es erwachte in ihnen ein tiefer Haß gegen diejenigen, die aus ihrem Elend Nutzen ziehen. Bereits im Jahre 1918, unmittelbar nach dem Sturz des Despoten Abdul-Hamid, wurde von den Arbeitern, ohne Rücksicht auf ihre völlige Unorganisiertheit, eine Reihe energischer Aktionen eingeleitet, die zum Teil selbst in Streiks umschlugen. Der Eindruck dieser Ereignisse auf die Bourgeoisie, deren politische Organisation („Einheit und Fortschritt“) zum erstenmal die politische Macht ergriffen hatte, war so groß, daß sofort zwei Gesetze erlassen wurden — wovon das eine ein Verbot der Gewerkschaftsorganisationen enthielt, während das andere für die Erklärung von Streiks ein außerordentlich kompliziertes Verfahren einführte.

Die Unruhe unter der Arbeiterschaft wurde dadurch nicht eingedämmt. Die spontane Arbeiterbewegung lenkte die Aufmerksamkeit von Politikern, Journalisten und Abenteurern aller Art auf sich. In den Jahren 1908 bis 1912 wurden mehrere Arbeiterparteien mit den Namen „sozialistisch“, „sozialdemokratisch“ usw. gegründet, jedoch hat es keine vermocht, die Arbeitermassen für sich zu gewinnen. Sie blieben auf kleine politische Zirkel beschränkt und verschwanden, ohne Spuren zu hinterlassen. Eine Arbeiterzeitschrift begann 1909 zu erscheinen und hatte einigen Erfolg. Es war die erste Arbeiterzeitung in türkischer Sprache und führte den charakteristischen Namen „Ichtiraque-participation“.

Nach der Demobilisierung, nach dem Jahre 1909, sehen wir eine ähnliche Erscheinung. Diesmal strömten die Arbeiter in der Hauptsache politischen Organisationen zu, und zwar in folgenden drei Parteien: 1. Sozialistische Partei, die in enger Verbindung mit der englischen Okkupationsarmee stand, 2. Internationale Arbeiterunion, der fast ausschließlich griechische Arbeiter angehörten, 3. Türkische Arbeiter- und Bauernpartei, eine revolutionäre marxistische Partei. Tausende und aber Tausende von Arbeitern schlossen sich diesen Organisationen an — eine für die Türkei, wo Massenorganisationen bisher unbekannt waren, ganz außergewöhnliche Tatsache.

Im Laufe der gewaltigen politischen Ereignisse der Jahre 1919 bis 1922 verschwanden alle diese Organisationen. Andere entstanden, (so z. B. in Kleinasien die Kommunistische Volkspartei), die ebenfalls dem Vordringen des Kemalismus weichen mußten.

Einzig die politisch geschultesten und entschlossensten Elemente der Arbeiter- und Bauernpartei, die sich als kommunistische Gruppe konstituierten, vermochten ihrer Aktion eine weitere Dauer zu sichern. Aus dieser Gruppe, die mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Presse die kommunistische Ideologie in die tiefsten Tiefen der türkischen Arbeiterklasse trug, ist die türkische Sektion der KI hervorgegangen.

Diese knappe Schilderung der Geschichte der türkischen Arbeiterbewegung beweist vollgültig, daß eine bereits vorhandene spontane Arbeiterbewegung durch den Kommunismus, der ihre objektiven Ziele aufzeigte, in ein bestimmtes Fahrwasser gelenkt wurde.

Dreimal im Laufe der letzten zehn Jahre ist die türkische Arbeiterbewegung in plötzlich aufsteigender Kurve hinaufgeschneilt, um wieder zusammenzusinken. Der erste Aufstieg hat unmittelbar nach dem Sturz des türkischen Despotismus stattgefunden, der zweite, — 1919, während des Waffenstillstandes von Mondros, der dritte in der Zeit vor der Einführung des terroristischen Regimes (1924 bis 1925).

Jede dieser Offensiven war das Resultat eines Sieges der wahren proletarischen Schichten über die alten verwesenden Generationen und über die erst jüngst proletarisierten Schichten.

Heute noch wird die Aktionskraft der Arbeiterklasse, die sich zu einer neuen Offensive rüstet, durch diesen Mangel an Einheitlichkeit und Geschlossenheit gelähmt.

Welches sind die Elemente, deren passiver Widerstand sich jeder Bewegung entgegenstellt? In erster Linie sind es die der Kleinbourgeoisie und der armen Bauernschaft entstammenden Elemente, die seit 1923 infolge der unaufhörlichen politischen und sozialen Umwälzungen sich unaufhörlich proletarisieren und in die Reihen der Lohnarbeiter hinabsinken. Die Mittelschichten wurden im Laufe dieser ereignisreichen Periode buchstäblich dezimiert.

Während eine dünne Schicht sich in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer jungen kapitalistischen Bourgeoisie herausgebildet hatte, die nunmehr unbestreitbar die herrschende Klasse des Landes ist, wurden große Massen der Mittelschichten durch wachsendes Elend aus ihrem natürlichen Milieu vertrieben und es steht ihnen als Erwerbsquelle einzig der Verkauf ihrer Arbeitskraft offen.

Es gibt aber in der Türkei auch eine alte Arbeitergeneration, die unter dem alten Regime großgewachsen ist und in bitteren Erinnerungen verflorner Kämpfe lebt, in deren Verlauf sie Abenteurern zum Opfer gefallen ist, die ihr Land als Mittel ihres persönlichen Aufstiegs benutzt haben. Diese Arbeiter sind äußerst pessimistisch gesinnt. Sie glauben an keine wesentliche Verbesserung ihrer Lage, noch viel weniger an eine volle Befreiung, so daß sie sich vollkommen passiv und resigniert verhalten.

Was die verhältnismäßig junge Arbeitergeneration anbetrifft, die unter proletarischen Verhältnissen geboren und aufgewachsen ist, so ist sie die

klassenbewußte und kampfbegeisterte Vorhut der Arbeiterklasse. In ihren Händen liegt der Schlüssel zum Erfolg aller Bewegungen, wenn sie nicht durch den bösen Willen der nichtassimilierten oder korrumpierten Elemente zum Scheitern gebracht werden. Leider haben sich aber aus ihren Reihen noch nicht genügend Kaders herausgebildet, die befähigt wären, die Führung zu ergreifen; daher legen sie gerne die Leitung in die Hände von Führern, die aus anderen Bevölkerungsschichten zu ihnen kommen. Jedoch nach einigen üblen Erfahrungen beginnen sie die Kommunisten als ihre natürlichen Führer zu erkennen.

DARSONO:

DIE LAGE DER VOLKSBEWEGUNG INDONESIENS

Ein Wiederaufleben der nationalen revolutionären Bewegung als Wiederhall der chinesischen Ereignisse

Die Kommunistische Partei Indonesiens ist jetzt illegal. Es sind ihr von dem holländischen Imperialismus und dessen Regierung schwere Schläge versetzt worden. Seit Ende des vorigen Jahres darf sie keine Versammlungen abhalten. Um die Parteiorganisation zu zerstören, wurden die Parteiarchive beschlagnahmt und zu Hunderten wurden und werden Verhaftungen der Kommunisten vorgenommen. Schwere Strafen verhängt man über die Kommunisten und Anhänger der Kommunistischen Partei für irgendeinen Verstoß gegen die Gesetze. Wo die Justiz die Kommunisten gerichtlich nicht verurteilen kann, beseitigt man sie auf administrativem Wege. Entweder werden sie aus dem Lande gewiesen oder nach den einsamsten Orten unter die Wilden verbannt. So wurden Anfang September d. J. wieder fünf führende Genossen nach Neu-Guinea verschickt.

Ein Gesetzparagraph nach dem anderen wird erlassen, um jede kommunistische Propaganda, mündlich sowohl wie schriftlich, unmöglich zu machen. Am 1. Mai d. J. traten zwei neue Gesetzparagraphen in Kraft, denen zufolge zur Vermeidung verheerender Verfolgungen die Herausgabe der Parteizeitungen eingestellt werden mußte: denn viele Redakteure sind bereits zu jahrelangen Strafen verurteilt worden.

In der allerletzten Zeit wurden die kommunistischen Verfolgungen verschärft. Sowohl auf Java als auch auf Sumatra erfolgten Verhaftungen.

Warum diese grimmige Wut des holländischen Imperialismus gegen die Kommunistische Partei?

Weil er ein Erstarken des Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Volksbewegung Indonesiens befürchtet. Die einst einflußreiche national-indische Partei wurde im Jahre 1923 wegen Rückgang der Mitgliederzahl aufgelöst. Im Kampf gegen die Kommunistische Partei wird der einst starke Massenverein Sarekat Islam stark zur Seite gedrängt, so daß man ohne Übertreibung sagen kann, daß der Sarekat Islam jetzt nur mehr noch dem

Namen nach existiert. So stand die Kommunistische Partei allein da, und die Massen sahen in ihr die Führerin. Die Gewerkschaften der wichtigsten Industrien, wie die des Transportwesens, der Post-, Telegraph- und Telephonangestellten, der Druckereien, der Zuckerunternehmungen, standen unserer Partei sympathisierend gegenüber. Der Sarekat Rajaz (Volksverein), der Bauern und Kleinbürger umfaßte, verkehrte in freundschaftlicher Weise mit unserer Partei und unterstützte sie bei der Propaganda.

Die große Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Intellektuellen, die enorme Erhöhung der Steuern der Bauern und Kleinbesitzer, die schnelle Zersetzung der einheimischen kleinbürgerlichen Schicht, dies waren die Faktoren, die es unserer Partei ermöglichten, so schnell und leicht die Sympathien fast aller werktätigen Bevölkerungsschichten zu gewinnen.

Auch ein großer Teil der sich in Indonesien befindenden Chinesen, deren Zahl beinahe eine Million beträgt, zeigte größte Sympathie für die Partei. Die einflußreichste chinesische Zeitung in Java „Sin Pom“, die in malaiischer Sprache erscheint, schrieb einmal, daß alle chinesischen Zeitungen ausnahmslos der indonesischen Volksbewegung, die unter kommunistischem Einfluß stand, sympathisch gegenüberständen. Dieselbe Zeitung forderte sogar die Chinesen auf, der indonesischen Volksbewegung reelle Unterstützung zu gewähren.

Das waren die Gründe, deretwegen die holländische Regierung den kommunistischen Einfluß fürchtete und eine schonungslose Verfolgung einleitete. Nicht nur der Kommunistischen Partei, sondern auch den Gewerkschaften und anderen Vereinen, die Sympathie für die Partei zeigten, ist es untersagt, Versammlungen abzuhalten. So fällt die Unterdrückung der Partei mit der der gesamten Volksbewegung Indonesiens zusammen.

Vergebens sah sich die Regierung nach einem Bundesgenossen gegen die Kommunistische Partei um. Alle Volksschichten standen ihr feindlich gegenüber. Angstvoll sah sie dem zunehmenden Einfluß des kommunistischen Gedankens zu und ist auch jetzt noch nicht beruhigt, trotzdem die Kommunistische Partei in die Illegalität gedrängt wurde.

Weshalb diese ständige Furcht vor dem Kommunismus?

Weil in Indonesien, besonders in dem dichtbevölkerten Java, wo das Großkapital herrscht, eine einheimische Mittelschicht fehlt, die als Stoßblock gegen die kommunistische Bewegung verwendet werden könnte.

Die „Indische Courant“, das Organ der weißen Angestellten in Indonesien vom 7. April schrieb:

„Wo eine solche Schicht (Mittelschicht. Ref.) fehlt, wie hier, bleibt die kommunistische Gefahr eine drohende und kann mit zeitweiligen Maßnahmen nicht bekämpft werden. Der Grundfehler ist hier nicht politischer, sondern sozial-ökonomischer Natur, gegen welche opportunistische Regierungsmaßnahmen, die rasch hintereinander getroffen werden, nichts oder wenig vermögen.“

Die liberalen Zeitungen drängten darauf, daß in Indonesien eine sogenannte Wohlfahrtspolitik geführt werden muß, um den Einfluß der Kommunistischen Partei zu brechen. Auch drängen sie darauf, daß eine starke einheimische Mittelschicht herangebildet und gefördert werden muß.

Diesem Drängen zufolge wird für 1927 die sogenannte Kopfsteuer Javas, die als sehr ungerecht von der Bevölkerung empfunden wird, aufgehoben;

doch versucht sich die Regierung durch Erhöhung der indirekten Steuern zu entschädigen. Es wird jetzt eine Untersuchung der Lage der Bevölkerung außerhalb Javas eingeleitet, um entsprechend den Resultaten die erforderlichen Maßnahmen treffen zu können, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu beseitigen oder zu mildern.

Die außerordentlich hohen Preise, die 1924 und 1925 für Kautschuk bezahlt wurden, hat die schnelle Bereicherung eines kleinen Teiles der Bevölkerung Sumatras und Borneos zur Folge gehabt. Bei vielen entstand die Hoffnung, daß dies zu einer Kapitalanhäufung bei den Eingeborenen führen werde. Diese Hoffnung hat sich jedoch später als falsch erwiesen. Unter dem Druck des holländischen Kautschukkapitals hat die Regierung Verordnungen erlassen, die die Unterdrückung der eingeborenen Kautschukproduzenten zum Zweck haben, da diese eine gewaltige Konkurrenz für die holländischen Kautschukkapitalisten bilden.

Um die Volksmassen in dem Glauben zu halten, daß die Regierung nicht die Volksbewegung, sondern nur die kommunistische Bewegung unterdrücken will, beteuern ihre Vertreter oftmals, daß die „gesunde“ nationale Volksbewegung alle Gelegenheit haben werde, sich zu entwickeln. So liebäugelt die Regierung jetzt mit der nationalen Bewegung.

Der neue Generalgouverneur Indonesiens, Dr. de Graeff, in dessen Händen sich zum Teil die gesetzgebende Macht über Indonesien befindet, sagte bei seinem Amtsantritt Anfang September d. J. in seiner Ansprache, daß er nicht imstande sei, ein Regierungsprogramm zu unterbreiten, weil er angeblich vielen indonesischen Problemen noch zu fremd gegenüberstehe. Nur über einen Punkt könne er sich klar äußern, der seinen Standpunkt gegenüber der kommunistischen Bewegung betrifft, und zwar in der Hinsicht, daß die kommunistische Bewegung genau so wie unter dem reaktionären Generalgouverneur Fock unterdrückt werden wird. Dr. de Graeff wollte die kommunistische Bewegung nicht als eine politische Richtung anerkennen. Hinsichtlich der nationalen Bewegung sagte Dr. de Graeff, daß sich unter den Kommunisten viele befinden, deren Ideale mehr nationalistischer als kommunistischer Natur sind, für die man an und für sich nur Ehrfurcht haben kann. „Ich wäre kein aufrichtiger Niederländer, wenn es bei mir anders wäre“, sagte Dr. de Graeff begeistert, sich daran erinnernd, daß Holland einst 80 Jahre lang um seine Freiheit gegen Spanien kämpfen mußte.

Dr. de Graeff wird von vielen Seiten als ein aufgeklärter Mann gefeiert. Die holländischen Sozialdemokraten Indonesiens brachten ihm denn auch gerne ein jubelndes Willkommen entgegen.

Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit dieser neue Unterkönig sein Versprechen den indonesischen Nationalisten gegenüber einhalten wird. Jetzt ist tatsächlich eine Wiederbelebung der nationalen Bewegung wahrzunehmen, deren hervorragendste Führer gewesene Mitglieder der „indonesischen Vereinigung“, der Vereinigung indonesischer Studenten in Holland sind. Wie die indonesische Vereinigung, so vertreten die nationalistischen Führer den Standpunkt der Noncooperations-Politik. Die brutal-reaktionäre Haltung der Regierung Fock der Kommunistischen Partei, den roten Gewerkschaften und dem Sarekat Hajat gegenüber, hat den Noncooperations-Geist erheblich gesteigert und hatte zur Folge, daß einige einheimische Mitglieder der Gemeinderäte sich zurückzogen.

Das Vertrauen der einheimischen Intelligenz zu der Regierung ist zerstört und an seine Stelle tritt ein glühender Haß. Die Enthüllung eines geheimen Abkommens zwischen dem mächtigen Zuckerkapital und dem Regierungsvertreter hat der Intelligenz klar und deutlich gezeigt, was sie von der holländischen Regierung zu erwarten hat.

Die eingeführten Staatsreformen, die 1927 beendet sein werden, sind nicht imstande, die Intelligenz wieder mit der Regierung zu versöhnen. Wie ängstlich die Regierung die Entwicklung der Volksbewegung in Indonesien betrachtet, zeigt wohl die obenerwähnte Ansprache des neuen General-Gouverneurs, der sich das Vertrauen aller Gruppen der Bevölkerung erledihte und den Nationalisten riesenhafte Schmeicheleien sagte.

Die revolutionäre Intelligenz und die kleinbürgerlichen Schichten nahmen die Staatsreformen und schmeichelnden Worte des General-Gouverneurs kühl auf, denn sie läßt sich jetzt nicht mehr durch schöne Redensarten fangen. Sie hat die vielen nicht eingehaltenen Versprechen der holländischen Regierung nicht vergessen.

Bemerkenswert ist auch, daß die revolutionäre Intelligenz den holländischen Sozialdemokraten nicht traut. Sie kann sich für den von den Sozialdemokraten so hochgepriesenen Parlamentarismus nicht erwärmen, aber andererseits wünscht sie für Indonesien auch keine proletarische Diktatur. Sie hat bis jetzt noch kein klares Programm entfaltet; sie sagt nur, daß es außer der parlamentarischen Staatsform und proletarischen Diktatur noch andere Staatsformen gebe.

Die national-revolutionäre Bewegung in Indonesien fängt wieder an aufzuleben. Im August wurde in Bandung das erste nationale Einheitskomitee gegründet, in dem politische Richtungen und andere Organisationen vertreten sind.

In einer öffentlichen, sehr gut besuchten Versammlung in Surabaya, die im Laufe September stattfand, wurde die in Bandung gefaßte Resolution voll und ganz unterstrichen.

Allem Anschein nach hat diesmal die nationale revolutionäre Bewegung in Indonesien die günstigste Gelegenheit, sich zu entwickeln. Sie birgt in sich einen starken Klassencharakter, da sich durch das Fehlen einer nationalen Bourgeoisie diese nationale Bewegung auf die Arbeiter, Kleinbauern und auf die kleinbürgerlichen Schichten stützen muß. Diese Bildung der nationalen Einheitsfront kann als Antwort auf einen Artikel des „Soerabajasch Handelsblad“, das größte holländische Blatt Indonesiens, betrachtet werden, das zur Bildung einer „weißen Front“ aufgefordert hat.

Ohne Zweifel übten die Siege der Kantoner Nationalarmee einen gewaltigen Einfluß auf das Wiederaufleben der national-revolutionären Bewegung in Indonesien aus. Je mehr der Einfluß der imperialistischen Mächte in China infolge der Lage der Nationalarmee zurückgeht, desto kampfmütiger werden die werktätigen Massen der Indonesier sein. Wenn die Volksmassen Chinas gegen die Großmächte mobilisiert werden können, warum sollen dann die indonesischen Volksmassen nicht zum Kampf gegen den schwächeren holländischen Imperialismus geführt werden können?

Die weitere Entwicklung der nationalen revolutionären Bewegung in Indonesien hängt nicht zum kleinen Teil von der weiteren Entwicklung der Kämpfe in China ab.

Die Aufgabe der indonesischen Kommunisten in dieser Periode ist dieselbe, wie die der chinesischen Genossen. Sie müssen mit allen Kräften die indonesische nationale revolutionäre Bewegung unterstützen und danach streben, die Führung derselben zu ergreifen.

Bei alledem muß jedoch besonders darauf geachtet werden, daß die kommunistische Linie gewahrt bleibt. Die theoretische Klärung der Parteigenossen muß viel gründlicher als bisher vorgenommen werden, damit sie bei den zukünftigen Kämpfen gerüstet in den Kampf geführt werden können. Denn, wie Lenin sagte, ohne revolutionäre Theorie — keine revolutionäre Bewegung.

G. A. K. LUHANI: DIE LAGE IN INDIEN

Die Wirtschaftspolitik, die der englische Imperialismus gegenwärtig in Indien verfolgt, ist eine Politik der Konzessionen an die sich entwickelnde indische Kapitalistenklasse. Diese Politik zeigt sich in der zunehmenden fiskalischen Autonomie und den größeren Möglichkeiten zur Kapitalanlage, die den Interessen der einheimischen Kapitalisten Schritt für Schritt eingeräumt werden. Diese Politik wird jedoch so formuliert und durchgeführt, daß nicht nur die politische Kontrolle des englischen Imperialismus ungeschmälert erhalten bleibt, sondern auch die grundsätzliche Bestimmung der Richtung der kapitalistischen Entwicklung Indiens ausschließlich ihm überlassen ist.

Das beabsichtigte Resultat der neuen Politik war eine Erweiterung der sozialen Basis der imperialistischen Herrschaft. Die oberen Schichten der Bourgeoisie, die durch den Prozeß der kapitalistischen Entwicklung in die Höhe gekommen sind, verbünden sich mit dem Imperialismus.

Diese Klassendifferenzierung, die eine unvermeidliche Phase der sozialen Entwicklung Indiens ist, hat augenblicklich eine Krise in der nationalistischen revolutionären Bewegung herbeigeführt. So sind die Unruhen und Kämpfe zwischen den Hindus und Mohammedanern ein etwas entfernter und indirekter Ausdruck dieser klassenmäßigen Differenzierung, denn sie stellen nicht nur ein anachronistisches Ueberbleibsel vorkapitalistischer sozialer Gegensätze dar, sondern auch das Aufeinanderprallen von „aktuellen ökonomischen Gegensätzen, die in verkleideter Form auftreten“.

Unmittelbarer und direkter zeigt sich diese Differenzierungstendenz in der Zersetzung der organisatorischen Formen der offiziellen nationalistischen Bewegung. Die Swaraj-Partei, die seit 1923 die wichtigste nationalistische Parteiorganisation war, zerfällt. Vom dialektischen Standpunkte aus ist dieses Auseinanderfallen eine Selbstverständlichkeit. Ihre soziale Basis war von Anfang an heterogen — da sie aus gewissen Elementen bestand —, Elementen, die weniger gegen den Imperialismus als gegen die Art seines Auftretens waren —, die aus verschiedenen Schichten der Bourgeoisie, verstärkt durch Teile der proletarisierten Intelligenz und der Kleinbourgeoisie, stamm-

ten. Ihre schwankende und unbeständige Politik — ihr Versagen, als es galt, der imperialistischen Herrschaft wirksamen Widerstand zu leisten — war ein genaues Widerspiel ihrer eigenen Schwäche infolge ihrer heterogenen sozialen Basis. Der Abschluß des „Sabarmati-Paktes“ (Bündnis mit den reformistischen Parteien) vom April und seine fast unmittelbar darauf folgende Ablehnung im Mai, der Versuch, sich wieder mit den reformistischen Parteien anzufreunden, im September dieses Jahres, und das Versagen dieses Versuches, das Schwanken zwischen einer Politik des Boykotts — und der Rückkehr in die gesetzgebende Versammlung, — alle diese Tatsachen kennzeichnen die Zickzacklinie der Swaraj-Partei in den letzten Monaten.

Diese Schwankungen sind jedoch nicht nur eine Tatsache der letzten Zeit, sie waren von Anfang an vorhanden. Der Swarajismus hat sich deutlich als der charakteristische politische Ausdruck der Periode der Klassendifferenzierung in der nationalistischen Bewegung erwiesen.

Die bewußt bürgerlichen Elemente der Swaraj-Partei haben sich zu einem rechten Flügel zusammengeschlossen, die Intellektuellen und kleinbürgerlichen zu einem linken Flügel. Der Kampf zwischen ihnen geht jetzt um die Besetzung der führenden Exekutive und des Parteiapparates. Die Elemente des extremen rechten Flügels haben sich bereits Anfang des Jahres abgetrennt und haben die „Responsivistische Partei“ (d. h. Partei der „verantwortlichen Zusammenarbeit“ mit dem Imperialismus) gebildet. Mehr und mehr Elemente des rechten Flügels lösen sich los, in dem Maße, als sich die Zeit der Wahlen (im November) für die gesetzgebenden Versammlungen nähert. Es ist charakteristisch, daß kein Anzeichen für eine Loslösung des linken Flügels der Partei vorhanden ist. Er ist vielmehr in der Partei geblieben und hat von innen heraus den Kampf gegen die rechte Politik der Kompromisse in bezug auf den Imperialismus aufgenommen. Sein Kampf ging „gegen die Gewohnheit des Sich-Beruhigens unter der fremden Herrschaft“ und für eine „stete Bereitschaft, die notwendige Obstruktion, oder eventuell sogar die Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams zu erklären“. Er war erfolgreich insoweit, als die „Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams“ — an und für sich schon eine veraltete Parole aus dem Jahre 1921 (damals wurde eine ethische und „gewaltlose“ passive Resistenz von Gandhi für die einzige Form einer Volksrevolte erklärt) nicht aus dem offiziellen Aktionsprogramm der Swaraj-Partei gestrichen ist. Auch ist sogar Motilal Nehru, ein Swaraj-Führer, der selbst dem rechten Flügel angehört, gezwungen, von der „Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams“ als einem „äußersten Vergeltungsmittel“ zu sprechen, das gegen den angreifenden Imperialismus anzuwenden sei. In organisatorischer Hinsicht hat sich der linke Flügel zu einer Fraktion innerhalb der Swaraj-Partei mit einer republikanischen Parole zusammengeschlossen.

Die wichtigsten Punkte im Programm des linken Flügels der Swaraj-Partei zur Lösung des Problems der nationalen Befreiung sind nicht die der Zurückweisung des überflüssigen Parlamentarismus, der offiziellen swarajistischen Taktik; das wesentliche darin ist vielmehr die Orientierung zu den Massen. Für seine aktive Oppositionspolitik gegen den Imperialismus hat sich der linke Flügel bewußt auf die dynamische Massenaktion gestützt.

Objektiv betrachtet, wird die weitere Konsolidierung des linken Flügels ent-

weder dahin tendieren, eine klare Spaltung der Swaraj-Partei zu erzwingen — einen organisatorischen und ideologischen Bruch mit der Großbourgeoisie und ihrer Politik des Kompromisses mit dem Imperialismus, oder — was wahrscheinlicher ist — zur Bildung einer Volkspartei. Eine Swaraj-Partei, die die Großbourgeoisie hinauswirft und sich selbst auf die Massen einstellt, oder eine Volkspartei, die aus allen revolutionären Elementen von der Intelligenz und der Kleinbourgeoisie bis zur Arbeiter- und Bauernschaft zusammengesetzt ist. In jedem Falle wird eine Erweiterung der sozialen Basis der national-revolutionären Bewegung stattfinden, eine Erweiterung, die den ganzen Prozeß der Trennung und Vereinigung der Bewegung des Konservatismus einerseits und der Revolution andererseits, vollenden wird.

Entscheidend ist in diesem Stadium der Entwicklung die Haltung des linken Flügels, seine Fähigkeit, sich dem Uebergang der Hegemonie in die Hände des Proletariats anzupassen. Die Ideologie des linken Flügels läßt in dieser Hinsicht viel zu wünschen übrig. Sein Agrarprogramm läßt sich zusammenfassen in der vagen und zweideutigen Idee des „Wiederaufbaues des Dorfes“.

Die rasche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Indien — als notwendiges Gegenstück zur Entwicklung des Kapitalismus — hat bereits die Frage des Klassenkampfes in vollem Maße aufgerollt. Es gab in letzter Zeit keine großen Streiks, wie die Eisenbahner- und Textilarbeiterstreiks im vorigen Jahre. Aber die Streikbewegung selbst hat noch weitere Massen des Industrieproletariats erfaßt, wie die große Zahl von Streiks, von denen die verschiedensten Arbeiterkategorien im ganzen Lande erfaßt werden, beweist. Der englische Generalstreik und Bergarbeiterstreik riefen große Sympathie und Bereitschaft für Sympathieaktionen hervor. Wie in früheren Jahren, so war auch in diesem Jahre die Stimmung der Arbeiter in den beiden größten Streiks, nämlich in Mysore und Imidore, eine kampfbereite und entschlossene.

In einigen Fällen führten die Arbeiter selbst an Stelle der nationalistischen „Arbeiterführer“ ihre Streiks.

Die Bauernorganisationen zeigten ebenfalls eine starke Aktivität, Massenprotestversammlungen der Bauern wurden in allen Gebieten abgehalten, wo neue Agrargesetze aufgestellt worden waren, um die bäuerlichen Massen den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung des Landes zu unterwerfen. Der swarajistische Vorsitzende der Provinzkonferenz von Bengalien, die Mitte des Jahres stattfand, sagte in diesem Zusammenhang:

„Die Arbeiter dieses Landes schlafen nicht mehr, überall zeigt sich bei ihnen ein Erwachen ihres Selbstbewußtseins; und wenn sie vollkommen erwacht sind, wird eine Revolution kommen, tausendmal grausamer als die russische Revolution.“

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die indische Bourgeoisie, die das Gespenst einer solchen Revolution vor sich sieht, versucht hat, reformistische Manöver mit den bestehenden proletarischen Organisationen zu unternehmen. Von Zeit zu Zeit werden unter der Initiative von London Versuche gemacht, nach dem Muster der englischen Labour Party eine Labour Party in Indien zu schaffen. Diese Versuche haben jedoch versagt und müssen versagen, weil bei den ausgebeuteten Massen einer Kolonie keine objektive Grundlage für eine sozialdemokratische Orientierung vorhanden ist.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Indiens ist gegenwärtig

schwierig; sie wird noch dadurch erschwert, daß die imperialistische Politik ihr durch Repressionsmaßnahmen ungeheure Schwierigkeiten in den Weg stellt. Aber trotz alledem hat die Zahl der Kommunisten und der mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden infolge der Reife der objektiven Bedingungen zugenommen. Der KP ist es gelungen, eine Art halblegale Existenz zu erlangen. Ihr Einfluß behauptet sich auch bei der Formierung des linken Flügels der nationalen Bewegung und seiner gegenwärtigen Bildung zu einer republikanischen Fraktion.

Die sich nähernde letzte Phase des revolutionären Kampfes für die nationale Befreiung kann historisch nur unter der proletarischen Hegemonie durchgeführt werden, die durch eine festgefügte und theoretisch klare Organisation die aktivsten und kampfbereitesten Elemente des klassenbewußten Proletariats zu sich heranzieht. Die KP Indiens stellt heute die Keimzelle für die Entwicklung einer solchen Organisation dar.

P. K. :

ERNST REINHARDT: „DIE IMPERIALISTISCHE POLITIK IM FERNEN OSTEN“*

Eine außerordentlich interessante Arbeit aus der Feder eines bürgerlich-demokratischen Pazifisten. Gleich allen gutbürgerlichen Pazifisten hat der Verfasser immer noch einen festen Glauben an Menschenwürde, Gerechtigkeit u. a. „ewige Kategorien des Guten und Sittlichen“. Wie der Verfasser selbst sagt, ist sein Buch für alle diejenigen bestimmt, „deren Herz noch nicht verhärtet und noch fähig ist, das Gute zu fühlen und gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu protestieren“.

Der Abgeordnete des Schweizerischen Staatsrates, wie sich der Verfasser selbst vorstellt, ist über die auf Unterdrückung des chinesischen Volkes gerichtete Politik der imperialistischen Mächte im Fernen Osten empört. Dieser Vertreter der niedergehenden Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie, die unter dem Hammer der gewaltigen kapitalistischen Trusts zermalmt wird, ist erfüllt von Haß gegen die „usurpatorischen Monopolisten“, die das unglückliche chinesische Volk unterdrücken und knechten.

Gebrochenen Herzens entlarvt er die Rolle des Finanzkapitals, „welches einen gewaltigen Einfluß auf die Regierungen der europäischen demokratischen Mächte ausübt“. Im englischen Oberhaus — sagt der Verfasser — sitzen 272 Direktoren kapitalistischer Gesellschaften, 425 Mitglieder dieses Hauses vertreten 761 kapitalistische Unternehmen, 70 Lords sind Mitglieder des Direktoriums der bekannten „British Federation of Industrials“. Wir dürfen uns hiernach nicht wundern, daß die „Trustmänner“ in der Innen- und Außenpolitik den Ton angeben.

Der Verfasser analysiert die Rolle des britischen, amerikanischen und franko-belgischen Kapitals in China und teilt die geradezu wahnwitzigen Dividenden der Aktionäre mit. In dem einen Jahre 1920 haben die englischen Bergwerke von Keylan, in denen ein Kapital von 24 Millionen investiert ist, einen Reinertrag von 9 Millionen abgeworfen!

Diesen von den Imperialisten aus China herausgepreßten kolossalen Profiten stellt der Verfasser das Elend der vom ausländischen Kapital schrankenlos ausgebeuteten chinesischen Arbeitermassen gegenüber. Der Verfasser bringt in seinem Buch ziemlich ausführliches Material über die Lebensverhältnisse der chinesischen Arbeiter, über die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken von Schanghai, wo größte Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit herrscht:

* Verlag „Aktiengesellschaft“, Berlin und Leipzig, 1926. 263 Seiten.

„Das chinesische Proletariat — lesen wir auf Seite 146 — arbeitet unter so unerträglichen Verhältnissen, von denen sich ein Europäer schwerlich einen Begriff machen kann. Es kennt keine Sonntagsruhe, die Fabriken arbeiten das ganze Jahr hindurch. Eine 16 stündige Arbeitszeit ist an der Tagesordnung. Der Arbeitslohn beträgt 10 bis 25 Prozent des durchschnittlichen Arbeitslohnes eines europäischen Arbeiters.“

Sehr treffend charakterisiert der Verfasser die Politik der Vereinigten Staaten in China. Die „Politik der offenen Türen“ ist die Politik der Morgan u. Co. Unter der Maske der Humanität verbirgt sich ein macht- und geldgieriger Herrscher.

Wie nicht anders zu erwarten, setzt der pazifistische Verfasser seine ganzen Hoffnungen auf „einen wahren Völkerbund, der sich nicht den Bankiers und Industriellen zur Verfügung stellen wird“. Er ruft alle auf zum heiligen Krieg gegen die allmächtigen internationalen Trustorganisationen, die die Menschheit einer neuen blutigen Katastrophe entgegenführen.

Im Buch finden wir auch manches Interessante über die Rolle des Finanzkapitals in China.

Wenn auch über China selbst in dem Buche nicht viel die Rede ist, so ist doch das wenige bemerkenswert durch die objektive Beleuchtung der Ereignisse und der Rolle der geschichtlichen Gestalten des Kampfes Chinas um seine Unabhängigkeit.

Das Buch verdient die Aufmerksamkeit des kommunistischen Lesers.

Z. LEDER:

NIXON CARVER THOMAS: DIE WIRTSCHAFTLICHE REVOLUTION IN DEN VEREINIGTEN STAATEN*

Unter dieser vielversprechenden Ueberschrift bringt der Professor der politischen Oekonomie an der berühmten Harvard-Universität eine vollkommen inhaltlose und vulgäre Apologie der „neuen“ Tendenz der amerikanischen Arbeiterbewegung, die in der Bildung der sogenannten „Arbeiterbanken“ ihren deutlichsten Ausdruck findet. Sowohl der Verfasser als auch der Herausgeber erklären diese neue Erscheinung in der Arbeiterbewegung für eine „wirtschaftliche Revolution“, die der Wirtschaftsrevolution des 18. Jahrhunderts in England an Bedeutung gleichgestellt werden könne. Selbstverständlich verdankt der Verfasser dieses „glänzende“, „wissenschaftliche“ Ergebnis nur seiner eigenen Weltauffassung, die ein für amerikanische bürgerliche „Denker“ und „Gelehrte“ charakteristisches Gemisch anglo-sächsischer religiöser Frömmerei mit einer „sozialen Philosophie des Optimismus und der Interessenharmonie“ im Geiste Bastiats-Curnes ist. Die steigenden Ersparnisse der oberen Schichten der Arbeiterklasse, ihre Investierung in kapitalistische Unternehmen sind das helle Entzücken unseres Professors. Er erblickt darin „eine Gesundung der Arbeiterbewegung und einen unwiderleglichen Beweis dafür, daß die Vereinigten Staaten im Unterschied zu allen europäischen Ländern, die USSR mit inbegriffen, den Weg einer „segensreichen“ wirtschaftlichen „Revolution“ beschritten haben — im Gegensatz zur „verderblichen“ und „unehrlichen politischen Revolution“. Die Vereinigten Staaten nähern sich auf diese Weise dem Ideal des Verfassers, das er als „amerikanisches Ideal“ hinstellt, — dem System des „wirtschaftlichen Gleichgewichts“, wo die Kapitalsakkumulation so groß sein wird, daß jeder Arbeiter ein „Kapitalist“, wo „Gleichheit und Freiheit verwirklicht“ sein wird, wo als einziges Problem das des ... häuslichen Dienstpersonals bleiben wird. Doch auch dieses Problem — sucht der fromme und weise Professor seine Klientur zu beruhigen — wird von der Industrie, die mechanische Apparate zur Arbeitersparnis in der Hauswirtschaft herstellen wird, gelöst sein. Der Leser wird uns zustimmen, wenn wir sagen, daß ein bürgerlicher Professor, der sich mit derartigen Problemen befaßt, der bürger-

* Boston 1926, 270 Seiten.

lichen Wissenschaft, deren Vertreter er ist, ein vernichtendes moralisches und geistiges Armutszeugnis ausstellt.

Auf 270 mit schöner Schrift und auf ausgezeichnetem Papier gedruckten Seiten (mit Einschluß eines Sachregisters) entwickelt unser Professor seine hochgelahrten Gedankengänge, fast ohne Tatsachenmaterial anzuführen: er zitiert nur ab und zu ähnliche „Gelehrte“, wie er selber einer ist, und malt die Revolution in Sowjetrußland an die Wand als ein abschreckendes Beispiel, der die „höhere Arbeiterstrategie“ der amerikanischen Führer gegenübersteht.

Die „gewaltigen“ Erscheinungen, in denen Carver eine „wirtschaftliche Revolution der Vereinigten Staaten“ erblickt, gemahnen — toutes les proportions gardées — (mit Einhaltung aller Proportionen) — an die alte Bernsteiniade und Bassermanniade*, die aber den „wissenschaftlichen Entdeckungen“ Carvers ein ganzes Vierteljahrhundert vorausgeeilt sind. Man weiß, daß die Entwicklung des Bewußtseins hinter derjenigen des Seins zurückbleibt. Die Ideologie der Vereinigten Staaten bleibt hinter ihrer Oekonomie weit zurück. Vielleicht ist die „große wirtschaftliche Revolution“ eine ähnliche soziale Illusion des „friedlichen Hineinwachsens“ in das System des „wirtschaftlichen Gleichgewichts“, wie sie das Vaterland Bernsteins und Bassermanns ein Vierteljahrhundert vor dem Vaterlande Carvers erlebt hat.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die glücklichen Zeiten des Siegers im Weltkrieg ihrem Ende entgegengehen. Ein dauerndes Wohlergehen des Siegers unter gleichzeitiger Verelendung der Besiegten ist auf die Dauer unmöglich. Mit dem Zusammenbruch des wirtschaftlichen Wohlergehens wird aber auch die „große Illusion“ der Lösung des sozialen Problems mit Hilfe . . . der Verwandlung jedes Arbeiters in einen Kapitalisten, jedes Kapitalisten in einen Arbeiter, mit Hilfe der Kapitalsakkumulation in der Arbeiterklasse und der Schaffung großer „Arbeiterbanken“ ebenfalls zusammenstürzen. Diese Illusion wird von der Revolution abgelöst werden, wie die Zeit der „großen Illusion“ des Weltfriedens vom Weltkrieg abgelöst wurde.

* Wie bekannt, hielt Bassermann, der Führer der deutschen Nationalliberalen, den Sozialismus für unmöglich, denn — „wer wird die Stiefel putzen?“ — Bebel erwiderte darauf dem verrannten Bourgeois: „Sind Sie, Herr Bassermann, wirklich ein so unbrauchbarer Mensch, daß Sie sich nicht einmal die Stiefel putzen können?“